

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen September 2006/3

Nach dem 13. August 1961

Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter vor 45 Jahren errichtet – eine Bilanz

Nicht die deutsche Politik und schon gar nicht das (eingeschränkte) 11. Bundesland Berlin konnten den Bau der Mauer rund um West-Berlin verhindern. Auf der politischen Landkarte der DDR wurde das freie Berlin zum schwarzen Loch. Die Berliner wollten sich damit nicht abfinden: Unter heftigem Beifall von mehreren hunderttausend Berlinern formulierte der Regierende Bürgermeister Willy Brandt vier Tage nach den ersten Absperrmaßnahmen der DDR-„Staatsorgane“ vor dem Schöneberger Rathaus, dem damaligen Sitz des Berliner Senats: „Die Sowjetunion hat ihrem Kettenhund Ulbricht ein Stück Leine gelassen, das Ergebnis eines schreienden Unrechts kann kein papierner Protest sein.“ Brandt forderte eine zentrale Registrierung aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das SED-Regime beging. Ergebnis war die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Fast 30 Jahre – von 1961 bis 1989 – war „Salzgitter“ ein Synonym für die systematische Registrierung staatlicher Unrechtshandlungen der DDR, ein Ort, an dem Unmenschlichkeit aktenkundig gemacht wurde – ein Symbol gegen das Vergessen. Dabei war die Erfassungsstelle weder eine von Archivaren betriebene Dokumentationsstelle noch eine Strafverfolgungsbehörde mit der Anklage- und Einstellungsbefugnis einer Staatsanwaltschaft. Das Mandat der Justizministerkonferenz lautete lediglich, die in Ost-Berlin und in der DDR begangenen Gewaltakte festzuhalten „und dafür Sorge zu tragen, dass sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können“.

Von Hans-Jürgen
Grasemann

Geschichte und Aufgabe

Die Geschichte der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter (ZEST), die mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 beginnt, ist vor allem eine Geschichte der Opfer. Ihre Tätigkeit hat dazu beigetragen, dass neben den Toten an Mauer und Stacheldraht und den durch Schüsse, Minen und Selbstschussanlagen Verletzten auch die Opfer der politischen Justiz und des MfS keine anonymen Größen geblieben sind. „Wir werden nichts vergessen, und es wird auch nichts verjähren“, erklärte der

Niedersächsische Justizminister Arvid von Nottbeck zu Beginn der Tätigkeit der Dienststelle im November 1961.

Mit der Einrichtung der ZEST war die Justizministerkonferenz dem Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, gefolgt, eine der Zentralen Stelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg vergleichbare „organisatorische Grundlage für eine bundeseinheitliche und umfassende Strafverfolgung der Untaten der Gewalthaber der SED zu schaffen“. Brandt hatte die Anregung des Hamburger CDU-Vorsitzenden Erik Blumenfeld aufgegriffen, die für die Verbrechen des DDR-Regimes



Dr. Hans-Jürgen Grasemann, geb. 1946, ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Promotion 1973 zum DDR-Verfassungsrecht. Zahlreiche Aufsätze zur DDR-Vergangenheit. Seit 1969 ist er Mitglied der SPD, seit 2006 Vorsitzender des Vorstandes des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

Seite 5

Waldemar Ritter: Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft mit Konsequenzen

Seite 6

Inhaltsverzeichnis

Hans-Jürgen Grasemann	
Nach dem 13. August 1961	Seite 1
Was war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold?	Seite 5
Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft seiner Bürger	
Gespräch mit Waldemar Ritter	Seite 6
Horst Henning und Gerald Wiemers	
Günther Wagenlehner: Zeitzeuge und Historiker des Widerstands	Seite 9
Rudolf van Hüllen	
Verfassungswidrigkeit der KPD: Ein Maßstab der freiheitlichen Demokratie	Seite 10
Aus den Verbänden	
Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. (ZDWV)	
Horst Schüler und Dieter Rieke auf der Veranstaltung des ZDWV	Seite 14
Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V. (BVN)	
Westberlin – ein schwarzes Loch in der deutschen Geschichte?	Seite 16
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)	
„Nicht relativieren sondern konkretisieren“	Seite 18
Ein Leben für Freiheit und Recht: Hans Taschner	Seite 19
Neuerscheinungen	Seite 20
Impressum	Seite 24

verantwortlichen Täter zunächst mit Hilfe der Zentralstelle in Ludwigsburg erfassen zu lassen. Auf Grund der „nahezu völligen Identität der jetzt vom SED-Regime in der Zone und in Ost-Berlin angewandten Methoden mit denen des Nationalsozialismus“ sprach sich auch Brandt für eine Zuständigkeit der Ludwigsburger Zentralstelle aus (vgl. nachstehend abgedruckte Originalkopie des Fernschreibens von Willy Brandt von 1961).

Bis zur Einstellung ihrer Vorermittlungstätigkeit am 3.10.1990 waren von der ZEST folgende Gewaltakte der DDR zu erfassen:

- Tötungshandlungen jeder Art einschließlich der Versuchshandlungen, die im Zusammenhang mit der Beschränkung der Freizügigkeit oder unter Missachtung der Menschenwürde zur Durchsetzung der Ziele des Regimes begangen, angeordnet oder geduldet werden,
- Unrechtsurteile, die aus politischen Gründen zu exzessiven, mit den Grundsätzen schuldangemessenen Strafen nicht zu vereinbarenden Strafen gelangen,
- Misshandlungen im Strafvollzug, wenn sie als Ausdruck des politischen Gewaltsystems der DDR erkennbar sind,
- Handlungen, die den Verdacht einer Straftat nach § 234a StGB (Verschleppung) und § 241 a StGB (politische Verdächtigung) begründen.

Als Vorermittlungsbehörde zur Beweissicherung hatte die ZEST den Auftrag, die Voraussetzungen für staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und damit für eine spätere Strafverfolgung der Täter zu schaffen. Zugleich sollte allein ihre Existenz die potentiellen Täter vor weiterem Unrecht abschrecken, sie warnen und auf den Unrechtsgehalt ihres Handelns aufmerksam machen. Niemand sollte sich später hinter mangelndem Unrechtsbewusstsein verstecken können.

SED-Propaganda

Obwohl die sachlichen und personellen Möglichkeiten der ZEST von An-

fang an bescheiden waren, war ihre Wirkung beachtlich. Von der SED-Führung wurde sie sehr bald als schmerzhafter Stachel und als einer ihrer unbequemsten Gegner empfunden. Agitation und Propaganda der DDR ließen keine Gelegenheit aus, das Wirken der Behörde als „Einmischung in die Souveränität“ der DDR anzuprangern und ihre Abschaffung zu fordern.

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1973 nahmen die Angriffe der DDR-Propaganda gegen die „Spionagezentrale“ in Salzgitter erheblich zu. Die ZEST, „als direkte Provokation gegen die Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber der BRD und gegenüber West-Berlin gegründet“, betriebe „Spionage zwecks Einflussnahme auf die Entwicklung der DDR“: „Die Normalisierung verlangt, dass sich Bonn endgültig von den Überbleibseln aus der Zeit des Kalten Krieges trennt – und die Spionagezentrale in Salzgitter ist eines der übelsten Überbleibsel“.

Die ständig wiederholte Forderung der SED-Führung nach Auflösung der ZEST blieb in der Bundesrepublik nicht ohne Wirkung. Seitdem Erich Honecker in seiner Geraer Rede im Oktober 1980 erklärt hatte, die Bundesregierung müsse die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen, die Ständigen Vertretungen in Botschaften umwandeln, den Verlauf der Elbgrenze in der Flussmitte akzeptieren und die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter auflösen, mehrten sich die Stimmen westdeutscher Politiker, die sich für die Auflösung der ZEST aussprachen. Argumentiert wurde insbesondere damit, dass weitere wünschenswerte und gebotene Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen nach der Abschaffung der ZEST gegenüber der DDR-Regierung zu erreichen seien.

So stellte die SPD-Bundestagsfraktion in einem einstimmigen Beschluss am 6.11.1984 fest: „Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter ist wirkungslos und überflüssig. Sie soll durch die Bundesländer aufgelöst werden“. Auch der damalige stellvertretende

Fortsetzung Seite 4

Nebstehend: Abdruck der Originalkopie eines dem damaligen Stand der Bürotechnik entsprechenden Fernschreibens (Telex) des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an seine Kollegen, die Ministerpräsidenten der Länder und Bürgermeister der Stadtstaaten in der Bundesrepublik Deutschland

Telekanzl han

senat berlin 2 5.9.61 fsnr. c 2520-31 13.42 uhr/tachl.

der regierende buergermeister von berlin
berlin-schoeneberg, rathaus

an die herren ministerpraesidenten der laender
n a c h r i c h t l i c h
den herren bundesminister der justiz
bundesminister des innern

senator fuer justiz, senator fuer inneres

betr.: verfolgung von sed-verbrechen

Sehr geehrter herr kollege,

es ist der vorschlag gemacht worden, schon jetzt alles erforderliche zu tun, um zu gegebener zeit diejenigen organe und beauftragten des pankower regimes, die sich im zuge der juengsten gewaltmassnahmen zu straftaten haben hinreissen lassen oder dies kuenftig tun, zur verantwortung zu ziehen. ich begruesse diesen vorschlag sehr, wuerde seine verwirklichung doch dazu beitragen, allen anhaengern und dianern des pankower regimes eindeutig vor augen zu fuehren, dass ihre taten registriert und sie einer gerechten strafe zugefuehrt werden. dass derart erforderliche ermittelungen nur bundeseinheitlich durchgefuehrt werden koennen, liegt auf der hand. zur wahrnehmung dieser aufgabe bietet sich die bereits in der aufdeckung von verbrechen des ns-regimes bewaehrte zentrale stelle der lande justizverwaltungen in ludwigsburg, scharndorfer strasse 28, an, die vor einigen jahren durch eine vereinbarung der laender geschaffen worden ist. wegen der nahezu volligen identitaet der jetzt vom sed-regime in der zone und in ostberlin angewandten methoden mit denen des nationalsozialismus duerfte die ludwigsburger zentrale stelle fuer die nunmehr erforderlich werdenden ermittelungen besonders geeignet sein.

Ich erlaube mir daher die anregung, dass die laender zusammen mit den zustaeendigen bundesministerien verbindung aufnehmen, um die organisatorische grundlage fuer eine bundeseinheitliche und umfassende strafverfolgung der untaten der gewaltthaber der sed, und sei es auch zunaechst nur in gestalt der erforderlichen ³⁰weissicherungen, zu schaffen.

mit besten empfehlungen
Willy b r a n d t: ++

staatskanzl han fsnr. 2520-31 klar erh. we.

dkaws

FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Gerhardt sprach sich am 5.1.1986 – wie zahlreiche andere Politiker vor und nach ihm – für die Schließung der ZEST aus: „Die Erfassungsstelle ist ein Relikt des Kalten Krieges. Zwar passieren drüben immer noch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber wie soll man sie denn je bestrafen?“

Der Rückzug der sozialdemokratisch geführten Länder aus der gemeinsamen Finanzierung der ZEST war die folgerichtige administrative Umsetzung des seit langem artikulierten Willens führender Sozialdemokraten. Nachdem schon 1988 die vier sozialdemokratisch regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hamburg und Bremen von der gemeinsamen Vereinbarung aller Landesjustizminister aus dem Jahr 1961 zurücktraten, ohne freilich den Vertrag selbst zu kündigen, erklärten im Januar 1989 die von Björn Engholm geführte Landesregierung in Kiel und im Mai 1989 der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, von diesem Jahr an nicht mehr ihren Beitrag zum Unterhalt der Zentralen Erfassungsstelle zu leisten.

Glanzvolle Bestätigung 1989

Seit dem 9. November 1989 – dem Tag des Triumphes der friedlichen Revolution in der DDR – hat sich nicht nur das Verhältnis der DDR-Regierung gegenüber der ZEST völlig verändert. Auch ihre westdeutschen Kritiker verstummten. Nur wenige gestanden allerdings ein, dass ihre Forderung nach Auflösung der ZEST ein Fehler gewesen sei.

Dass „Salzgitter“ in der DDR die bei ihrer Errichtung 1961 gewünschte politisch-psychologische Wirkung erzielt hat, hat sich nach der friedlichen Revolution auf eindrucksvolle Weise bestätigt, als regelmäßig Besucher aus der DDR die ZEST aufsuchten und deutlich machten, dass „Salzgitter“ in der DDR mehr noch als im Westen zu einem Synonym für Erfassung von Unrechtsakten geworden war. Nicht wenige aus politischen Gründen Inhaftierte wiesen darauf hin, dass ihr Hinweis auf „Salzgitter“ bei Vollzugsbediensteten Wirkung gezeigt hat. Aus DDR-Quellen ist bekannt, dass in Dienstbesprechungen gefordert wurde, die Existenz der ZEST zu ignorieren.

Exemplarisch für das neu erwachte Medieninteresse an der ZEST und deren Neubewertung ist der Bericht der Magdeburger SED-Zeitung „Volksstimme“, der am 15.1.1990 ganzseitig unter dem Titel „Kontaktaufnahme mit einer ‚Unheimlichen‘“ erschien:

„Der Sprecher der ZEST nennt Beispiele von politischen Urteilen: Jeweils 18 Monate Haft für das Bekunden des Ausreisewillens mit einem weißen Bändchen an der Autoantenne, als das vor zwei Jahren aufkam, oder mit einem großen A-förmigen Blumenständer am Fenster (der Holzlieferant bekam auch ein Jahr) oder für ein Bittgesuch um Unterstützung des Ausreiseantrages an die sowjetische Botschaft ... Urteile wie aus Tausend und einer Nacht, von denen kaum eines an die Öffentlichkeit drang, weil all diese Prozesse hinter verschlossenen Türen stattfanden. Wie aus dem DDR-Justizministerium zu erfahren war, sei dies die Folge einer verfehlten Sicherheitspolitik der DDR und eines darauf fußenden repressiven politischen Strafrechts gewesen, das Richter und Staatsanwälte sozusagen ‚gesetzmäßig‘ zu solchen Urteilen verpflichtete ... Nach allem, was wir sahen und hörten, erscheint es uns treffend, wenn DER SPIEGEL diese Minibehörde ‚mehr ein Symbol für den überkommenen Alleinvertretungsanspruch der Westdeutschen als eine effektiv arbeitende Dienststelle‘ nennt. Umso beeindruckender ist die geradezu einschlagende Wirkung, die sie in der DDR hinterließ. Neben Elbgrenze und Staatsbürgerschaft rangierte das kleine Amt in nahezu jeder Honecker-Rede des letzten Jahrzehnts als drittes Haupthindernis auf dem Weg zur Entspannung.“

Heute wird offenbar: Nicht die Erfassungsstelle war unser Problem, sondern unsere eigenen politischen Zustände. Alles Gewesene gleicht aus heutiger Sicht dem Versuch, der Hässlichkeit zu entrinnen, indem man den Spiegel zerschlägt ...“

Schon im Vorfeld der Wiederherstellung der Deutschen Einheit haben die Bundesländer ihren Streit über die Bedeutung oder geforderte Abschaffung der ZEST beigelegt. Einstimmig entschieden sich die Justizminister und -senatoren der 11 Länder im Juni 1990 dafür, die Behörde in Salzgitter als Beweis- und Dokumentationsstelle weiter arbeiten zu lassen. Ihre Erfassungstätigkeit gehe auf Grund der politi-

schen Veränderungen in der DDR zwar zu Ende, das gesammelte Material solle aber bewahrt und im Rahmen der Möglichkeiten des Rechtshilfegesetzes von 1953 an die DDR weitergegeben werden. Auf der Konferenz kündigte der als Gast anwesende DDR-Justizminister Kurt Wünsche an, dass „alle Richter und Staatsanwälte mit Hilfe von Salzgitter auf ihre Rechtssprechungsvergangenheit überprüft“ werden sollten. Ausserdem könnten die 41.000 in Salzgitter dokumentierten DDR-Gewaltakte bei den zu erwartenden Rehabilitationsverfahren nützlich sein.

Standhaftigkeit kann sich lohnen

Seit der staatlichen Einheit 1990 standen die Aktenbestände der ZEST für Amts- und Rechtshilfeersuchen zuständiger Behörden sowie für Forschungsvorhaben zur Verfügung. Durch die Abordnung von drei Staatsanwälten durch die Landesjustizverwaltungen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Saarland war die zeitnah gebotene Abgabe der Vorermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaften der Tatorte zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren möglich. Allein die Berliner Justiz musste über die Einleitung von 1.000 Ermittlungsverfahren wegen versuchter oder vollendeter Tötung von DDR-Flüchtlingen an der Grenze und von mehreren tausend Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte wegen des Verdachts der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung entscheiden. Hinzu kam die Mitwirkung der ZEST an der Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten der DDR seit Sommer 1990, nachdem das DDR-Justizministerium die Personalien von 2.800 amtierenden Justizfunktionären zur Prüfung übermittelt hatte. „Der Weg ins Richteramt in Ost-Berlin, Magdeburg oder Dresden führt über Salzgitter“, titelte damals die HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG. Befasst war die ZEST auch mit Auskünften in Rehabilitations- und Kassationsverfahren.

45 Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin und der Errichtung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter wissen wir, dass das rechtsstaatliche Strafrecht nicht in der Lage ist, die Totalität des diktatorischen Zugriffs zu ahnden. Machtmissbrauch, Verletzung der Menschenwürde und Zerstörung der

Persönlichkeit durch Willkür und Demütigung entziehen sich wie andere Formen des täglichen Terrors strafrechtlichen Kategorien. Andererseits ist seit 1990 in rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt worden, was Recht

und was Unrecht ist und dass Unrecht nicht dadurch Recht wird, dass staatliche Institutionen es in Rechtsbestimmungen kleiden.

Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter,

als „Zentrale Beweis- und Dokumentationsstelle“ bei der Generalstaatsanwaltschaft in Braunschweig weitergeführt, kann für sich in Anspruch nehmen, ihre Aufgabe erfüllt zu haben.

Ankündigung einer neuen DVD:

Was war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ?

Der ZDWV initiiert umfangreiche filmische Dokumentation mit Zeitzeugen zu den dramatischen politischen Kämpfen vor dem Ende der Weimarer Republik.

Wer heute mit dem Begriff „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hantiert, der erntet im Normalfall strenge oder besorgte Blicke. Da steckt doch etwas Verdächtiges dahinter, irgend etwas Ultrationales, etwas Demokratiefindliches?

Kaum noch jemand kann heute Begriffe aus der Weimarer Zeit wie „Reichsbanner“ oder „Eiserne Front“ historisch einigermaßen passend einordnen. Da sind sogar manche Geschichtslehrer keine Ausnahme. Und es ist nicht mehr bekannt, dass die heute völlig selbstverständlichen Farben Schwarz-Rot-Gold in der Weimarer Zeit hart umkämpft waren: Obwohl oder gerade weil sie die gesetzliche Staatsflagge der Republik bildeten, wurden sie von den „Nationalen“, den „Schwarz-Weiß-Roten“, den alten Kräften des Kaiserreichs, von Nationalsozialisten und Kommunisten sowieso, heftig bekämpft. Die Autorität des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Institutionen wurde immer schwächer.

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dem Begriff „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ der wohl am gründlichsten vergessene Widerstand deutscher Geschichte. Widerstand bereits im Vorfeld von 1933, Verteidigungsbereitschaft gegen die extremistischen Feinde der demokratischen Republik von Weimar. Eine breite Verteidigungsbereitschaft zudem: 1924 in Magdeburg als überparteiliche Schutzorganisation für Republik und Demokratie gegründet soll das „Reichsbanner“ nach eigenen Angaben bald an die drei Millionen Mitglieder gehabt haben. Der Schutz von Veranstaltungen der demokratischen Parteien (konkret: der tragenden Kräfte der Weimarer Verfassung, hauptsächlich Sozialdemokraten, katholisch orientiertes Zentrum und liberale Demokraten) gegen zunehmende Übergriffe der Feinde der Demokratie gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der „Reichsbanner“-Leute. Es galt, der Gewalt von SA und SS und den antidemokratischen Aktionen des kommunistischen „Rotfrontkämpferbunds“, entgegen zu treten. Im Grunde war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der edle und doch bisweilen fast verzweifelte Versuch, den früh einsetzenden Verfall der Autorität der Verfassungsin-

stitutionen, die abnehmende Kraft der häufig wechselnden Reichsregierungen, irgendwie aus der Gesellschaft heraus auszugleichen.

Der Kölner Journalist und Dokumentarfilmer Werner Müller hat sich auf die Suche nach letzten überlebenden Zeitzeugen gemacht, die über die dramatische Endphase der Weimarer Republik und über die Anstrengungen der Demokraten zur Verteidigung der Republik noch aus eigenem Erleben berichten können. Und er ist fündig geworden. In einer 45-minütigen Dokumentation und mit zusätzlichen filmischen Portraits von neun Zeitzeugen – fast alle älter als 90 – ist ihm ein lebendiger Blick auf dieses wichtige historische Kapitel gelungen.

Das Ergebnis wird demnächst auf einer DVD – bestückt mit etwa drei Stunden Filmmaterial – veröffentlicht werden.

Initiatoren dieses Projektes sind neben dem Filmemacher Werner Müller der Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und die Reichsbanner-Nachfolgeorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund Aktiver Demokraten e.V.“. Dem ZDWV ist es so – u.a. mit Unterstützung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und mit Hilfe des Staatsministers für Kultur und Medien – gelungen, einen fast vergessenen Aspekt deutscher Geschichte festzuhalten und anschaulich zu machen.

Die filmische Dokumentation zeigt übrigens auch Zeitzeugen in der Begegnung mit jungen Menschen von heute: „Ich hab’ mich geärgert, weil ich nichts im Unterricht darüber erfahren habe,“ sagt im Film eine Schülerin zum Thema Reichsbanner. „Ich finde es extrem wichtig, zu erfahren, dass Widerstand möglich war – auch wenn es Opfer gab. ... Wenn es zu einer Situation kommt, die Widerstand erfordert, ist es wichtig, im Hinterkopf zu haben: Damals gab es welche, die den Mut dazu hatten – ich kann’s vielleicht auch.“

Die Redaktion

Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft seiner Bürger

Zur Diskussion um den Islamismus und den Streit über die Folgen der Mohammed-Karikaturen: **Dr. Waldemar Ritter** betont im Gespräch mit unserer Redaktion, dass Europa keine Relativierung der Freiheit und unserer Grundwerte zulassen darf.

FREIHEIT UND RECHT (F+R): *Hasspredigten gegen den bösen Westen, brennende Botschaften, immer wiederkehrender Terror, Gewalt und Todesdrohungen im Namen Gottes: Ist nach dem Ende der kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur in Europa mit dem politischen Islamismus ein weiterer Generalangriff auf die westliche Demokratie unterwegs? Droht jetzt der viel beschworene „Krieg der Kulturen“?*

Ritter: Nein, kein Krieg, aber eine gewisse Offenlegung und damit ein Konflikt zwischen politischen Kulturen und Gesellschaften. Die Terroranschläge in New York, Madrid und London, der Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh und die gewalttätigen antiwestlichen Proteste gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen in islamischen Ländern sind im Kern der Gegensatz zwischen Freiheit und Diktatur, von Menschenrechten, Aufklärung und Ethik gegenüber angemaßten Deutungshoheiten politischer oder religiöser Intoleranz. Es ist eine neue Bedrohung unserer Grundwerte und unserer Zivilgesellschaft durch einen religiösen Totalitarismus, der gegen Freiheit, Gleichheit und Säkularisierung steht.

F+R: *Was braut sich da zusammen zwischen Öl-Erpressung und Bombendrohung? Bekommen auch wir Deutschen jetzt die Quittung für zu viel Arroganz – oder für zu viel Toleranz?*

Ritter: Viele wollten Toleranz üben auch gegenüber jenen, die Toleranz beseitigen wollen. Nicht wenige haben Toleranz mit Folklore oder Ignoranz verwechselt. Sogenannte Ehrenmorde, Zwangsehen, parallelgesellschaftliche Strukturen, rechtsfreie Räume, menschenverachtende Gewalt an Schulen, unverhältnismäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen und überdurchschnittliches Schulversagen lassen wachsende Zweifel am Integrationswillen bei jenen Moslems in Europa erkennen, die sich von religiösen Fundamentalisten und politischen Islamisten beeinflussen lassen. Europaweit gesehen werfen die Auseinandersetzungen um die dänischen Mohammed-Karikaturen eine entscheidende Frage auf: Jedermanns Recht auf freie Meinungsäußerung. Unsere Grundrechte beruhen auf Menschenrechten, die für niemanden, auch und gerade nicht für den demokratischen Verfassungsstaat, zur Disposition stehen.

F+R: *Können Sie das noch konkreter sagen?*

Ritter: Zensur ist der Tod der Freiheit. Zensur gibt es nur in totalitären, patriarchalischen und mittelalterlichen Strukturen. In Artikel 5 unseres Grundgesetzes heißt es ohne Wenn und Aber: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern“. Die Meinungsfreiheit, die Kunstfreiheit und die Pressefreiheit sind nicht nur unveräußerliche Menschenrechte, die keine Regierung,

kein Parlament, keine Mehrheit und keine Religion antasten darf, sie sind konstitutiv für unsere Demokratie in Deutschland und Europa. Mit dem pakistanischen Schriftsteller Ibn Warraq bin ich nicht bereit, mich für Bach, Mozart, Dante, Shakespeare, Goethe oder Thomas Mann zu entschuldigen. Auch nicht für Rembrandt, Michelangelo, Leonardo da Vinci und Picasso, für Kopernikus, Newton, Galileo und Darwin, für Aristoteles, Locke, Montesquieu, Popper, Planck und Einstein, für die Erfindung von Computer und Penicillin, für die Olympischen Spiele und für Fußball, für die gleiche Würde jedes Menschen, für die Menschenrechte, Gewaltenteilung und die politische Demokratie, die Idee individueller Freiheit, die Trennung von Kirche und Staat, den Rechtsstaat und kulturelle Freiheit. Zu entschuldigen haben wir uns für Hitler und Stalin, die Kunst-, Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt haben, weil wir vorher nicht uneingeschränkt für die Freiheit gekämpft haben.

F+R: *Muss man aber im Einzelfall nicht diplomatisch sein, um andere nicht zu verletzen?*

Ritter: Diese Frage gab es schon einmal Ende der 50er Jahre, als der persische Schah allen Ernstes von der deutschen Regierung verlangte, dass den deutschen Zeitungen verboten werde, über ihn zu schreiben. Gegen diese sogar von einem Bundesminister verfasste „Lex Soraya“ gingen wir damals als Studenten mit Erfolg auf die Straße. Meinungsfreiheit hat doch nichts mit Beleidigung oder Verleumdung zu tun. Nichts rechtfertigt Massenverdummung, religiösen Totalitarismus und Unterdrückung. Haben wir die geistigen Vorkämpfer der Aufklärung und der Französischen Revolution, wie Voltaire, vergessen? Er widersprach gern und scharf den Äußerungen seiner Gegner. Aber er kämpfte auch für deren Recht, ihre Meinung sagen zu dürfen. Hat die „Linke“ in Deutschland schon wieder vergessen, was Rosa Luxemburg ihr ins Stammbuch geschrieben hat: „Freiheit ist immer die des Andersdenkenden“.

F+R: *Glauben Sie, dass auf dieser Grundlage der Dialog zwischen den Religionen geführt werden kann?*

Ritter: Ich bin nicht der Papst. Aber wenn die abrahamitischen Religionen den Kern ihres eigenen Anspruchs ernst nehmen, kann das nur anspruchsvoll sein. Warum sollten und könnten sie nicht zu einer gemeinsamen Ethik aufrufen? Das geht aber nicht mit gegenseitiger Beweihräucherung, sondern mit Wahrheit, was ihre Vergangenheit und Gegenwart, was ihre Gemeinsamkeiten und vor allem ihre Unterschiede betrifft. Der Islam wird um die Beantwortung der Frage nicht herumkommen, warum bei ihm Männer und Frauen, Christen, Juden, Moslems, Hindus, Buddhisten oder Nichtgläubige nicht die gleiche Würde haben. Gewiss: Der Kampf um die Menschenrechte ist in Europa geführt worden, aber die Menschenrechte sind auf universelle Gültigkeit angelegt, denn es sind vorstaatliche Rechte aller Menschen auf der ganzen Welt. Das wissen und begrüßen auch aufgeklärte Leute im Islam. Deshalb ist nicht nur der Dialog zwischen, sondern auch innerhalb der Religionen

Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft seiner Bürger

von großer Bedeutung. Ich plädiere auch hier für das Prinzip Hoffnung.

F+R: *Und wie beurteilen Sie die Reaktionen in muslimisch geprägten Ländern auf die Mohammed-Karikaturen?*

Ritter: Was dort passiert, sind Anmaßungen einer reaktionären Ideologie, die wir ohne Wenn und Aber zurückweisen müssen. Da wird Religion instrumentalisiert zu politischen Zwecken. Wer Atombomben bauen und andere Staaten vernichten will, der braucht offensichtlich so etwas für seine Propaganda. Wir haben in Deutschland und in Europa unsere Freiheit, unsere Rechte, die lassen wir uns von niemandem, ob von innen oder von außen, in Frage stellen. Ich bin nicht bereit, dass wir uns in unserem Land nach Religionsgesetzen richten, die im Widerspruch zu unserer Verfassung stehen, und nach Leuten, die uns vorschreiben wollen, was wir sagen, schreiben oder zeichnen dürfen. Bei uns sind gesellschaftliche Normen und religiöse Gebote nicht notwendigerweise deckungsgleich. Kein religiöses Dogma kann einer demokratischen und säkularen Gesellschaft auferlegt werden. Bei uns gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Das heißt, politisch hat sich angesichts der Karikaturen niemand zu entschuldigen. Jedes Zurückweichen führt in den Defätismus. Einige Kritiker unserer Kultur sollten vielmehr darüber nachdenken, warum Millionen Moslems nicht in das erdölreiche und koranbestimmte Saudi Arabien oder den Iran, sondern nach Europa auswandern.

F+R: *Aber auch in Deutschland gibt es Kritik an den Karikaturen.*

Ritter: Das Problem bei uns liegt tiefer. Auch bei uns gibt es noch immer wirklichkeitsabstinente und illiberale Haltungen, auch bei Intellektuellen. Gern denunzieren sie die Kritik des Andersdenkenden. Sie möchten anderen verbieten, was sie sich selbst verboten haben, nämlich das freie Denken. Bei einigen Medien hat die Selbstzensur europaweit längst begonnen. Wer die Frage stellt, was darf ich sagen und schreiben, hat Angst, und die eigene Freiheit bereits verloren. Die Schere im Kopf arbeitet bereits. Der Fernsehkanal Pro 7 tauscht die Überschrift eines Films. Harald Schmidt, der kaum eine provokante Meinung auslässt, sagt, zu den Karikaturen äußere er sich nicht. Der überraschte Günter Grass wird zum Gegenspieler Galileis, zum Tabubehüter mittelalterlicher Weltvorstellungen und zurückgebliebener Entwicklungsstufen, für deren Überwindung Europa seit Jahrhunderten gekämpft, gestritten

und gelitten hat. Religiöse Motive waren im diesjährigen Kölner Karneval auf einmal tabu. Aus Angst vor Überreaktionen der Glaubensfanatiker fuhren im Gegensatz zu Düsseldorf und Mainz keine religionskritischen Wagen mit.

F+R: *Sind das die einzigen Bereiche?*

Ritter: Leider nein! Ein Skandal ist das Urteil des westfälischen Amtsgerichts Lüdinghausen, in dem das Strafmaß „auch im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Diskussion um die Mohammed-Karikaturen zu betrachten“ sei und der Richter bei der Urteilsfindung und -begründung sich

explizit auf die „weltpolitische Lage“ beruft und damit de facto versucht, die notwendige Kritik am „Gotteskriegertum“ zu unterbinden. Auf der anderen Seite das gleichermaßen unverständliche Urteil im Berliner Prozeß gegen die Mörder der Deutschtürkin Hatun Sürücü, das eine Einladung für weitere Verbrechen ist, die vor dem archaischen Hintergrund der Täter als Ehrenmorde bezeichnet werden. Nicht neu sind Selbstbeschränkungen bei Wirtschafts- und Profitinteressen. In der Wissenschaft habe ich das bei der Wahrheitsfindung eher nicht vermutet. Der Wissenschaftlerin Necla Kelek wollten 60 sogenannte Migrationsforscher das Rederecht entziehen, weil sie Denverbote nicht beachtet und nicht in deren Weltbild passt. Erinnern wir uns:

Bei den Nazis und in der DDR wurden Redetexte, Artikel und Manuskripte der Obrigkeit zur Zensur vorgelegt. Ich kann nur warnen, wer, aus welchen Gründen auch immer, mit der Relativierung unserer Freiheit, unserer Grundrechte beginnt, wer rechtsfreie Räume toleriert, ruft Geister hervor, für deren Bändigung er später mehr bezahlen muss, als er heute vertreten kann. Wer hier Perzeptionsprobleme für die Zukunft hat, sollte sich zumindest einmal die Frage stellen, wie mutig man wohl 1933 gewesen wäre, wenn man schon unter den komfortablen Bedingungen unserer Demokratie feige ist.

F+R: *Haben Sie Verständnis für Menschen, die sich durch die Karikaturen verletzt fühlen?*

Ritter: Ja, ich könnte diejenigen verstehen, die die Bilder selbst gesehen haben und sich persönlich oder religiös betroffen fühlen. Aber hier wird global über etwas geredet, was kaum jemand kennt. Ich habe Zweifel daran, ob die meisten überhaupt wussten, dass es einen Staat namens Dänemark gibt und wo der auf der Landkarte zu finden ist. Selbst in Europa haben die wenigsten Zeitungen und Medien die Karikaturen dokumentiert. Karikatur heißt übersetzt: Über-



Waldemar Ritter (73), Dr. rer. pol., MD a.D., Vorstand des Deutschen Politologenverbandes, war 25 Jahre für die innerdeutschen Kulturangelegenheiten und für Fragen der Kirchen und Religionsgemeinschaften des Bundes verantwortlich. Ritter hat Beiträge zur Kunst, Kultur und Politik veröffentlicht und mehrere grundlegende Bücher geschrieben, darunter Werke über die Gesellschafts- und Staatsauffassung Kurt Schumachers und über das deutsche und europäische Weltkulturerbe.

Foto: Solveig N. Grieg, Oslo

Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft seiner Bürger

treibung. Das ist das Wesen der Karikatur. Wer sich dennoch beleidigt fühlt, kann bei uns vor einem unabhängigen Gericht sein Recht bekommen. Gott kann man nicht beleidigen. Allenfalls seine selbsternannten Sachwalter. Menschen kann man beleidigen. Was mich beleidigt, ist die vorsätzliche und organisierte Tötung unschuldiger Menschen. Wenn das noch im Namen Gottes geschieht, ist das Gotteslästerung.

F+R: *Nicht nur in der westlichen Welt werden die Selbstmordattentäter, die Unschuldige in den Tod reißen, verurteilt. Aber muss unsere Kultur nicht auch dazulernen?*

Ritter: Ja, legen wir zusammen mit anderen Kulturen dasselbe Maß an gegenüber deren Kritik an eigener und fremder Kultur und Religion. Kulturell aufgeklärte Moslems, die die europäische Kultur kennen, wissen sehr gut, dass wir keine Belehrungen über die überlegenen Tugenden von Gesellschaften und Religionen brauchen, die Traditionen erfinden und sich an Geschichte und Geschichten erinnern, die es nie gegeben hat, die sich nicht die Frage stellen, warum bei ihnen nicht alle Menschen die gleiche Würde haben, die gegen Karikaturen gewaltsam demonstrieren, aber die Juden als „Affens“ und „Schweine“ beschimpfen, deren aufgehetzte Jugendliche an Berliner Hauptschulen ihre in der Minderheit befindlichen deutschen Mitschüler als „Hurentöchter“ und „Schweinefleischfresser“ anpöbeln, die von Staats wegen ihre Bürger mit der Todesstrafe bedrohen, wenn sie vom Islam zum Christentum die Religion wechseln, obwohl sie die in der UN-Konvention für Menschenrechte verankerte Religionsfreiheit unterschrieben haben, Gesellschaften, die im eigenen Land die Einfuhr der Bibel verbieten, aber den Koran exportieren, die den Bau christlicher Kirchen nicht zulassen, Moscheen aber in Europa finanzieren. Gesellschaften, bei denen sogenannter „Ehrenmord“ und Zwangsheirat keine Ausnahmen sind, die ihre Frauen unterdrücken, deren Klitoris beschneiden, sie steinigen für mutmaßlichen Ehebruch, die Säure in ihre Gesichter kippen oder die denjenigen von vornherein die Menschenrechte absprechen, die angeblich niedrigeren Kasten angehören. Das ist in einer Zivilgesellschaft nicht hinnehmbar. Wir haben in Europa die Freiheit, das Recht und die Aufklärung nicht in Jahrhunderten erstritten, damit der finstere Teil des Mittelalters durch die Hintertür wieder bei uns Eingang findet.

F+R: *Kann man Aufklärung erzwingen?*

Ritter: Natürlich nicht. Das wäre das Gegenteil von Aufklärung. Wir haben jedoch jeden Grund, für sie offen einzutreten, zu sagen, was Aufklärung ist, was sie bedeutet und danach zu handeln. Davor haben sich viele, allzu viele seit Jahren gedrückt, aus Angst, Trägheit, Teilnahmslosigkeit oder Opportunismus.

Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist, hat der Gründer der deutschen Sozialdemokratie Ferdinand Lassalle gesagt. Aufklärung hat mit Wissen und Er-

kenntnis, mit Vernunft, Ethik und Logik und dem entsprechenden Handeln zu tun. Dazu gehört, die Dinge deutlich beim Namen zu nennen und für unsere Werte einzustehen. Auch gegenüber jenen, die sich missbräuchlich gern als Aufklärer bezeichnen, in Wahrheit aber der Aufklärung bedürfen. Wer nur weiße Schwäne kennt, sollte nicht behaupten, dass es nur weiße Schwäne gibt. Den Versäumnissen bei der sozialen, wirtschaftlichen, schulischen und kulturellen Integration müssen wir offensiv begegnen. Aufklärung und Renaissance können von innen befördert und von außen unterstützt werden. Es gibt Reformkräfte auch im Islam, die Rückständigkeit nicht belassen, sondern überwinden wollen.

F+R: *Was haben wir verschlafen? Wie und wohin soll es weitergehen?*

Ritter: Zu lange sind rechtsfreie Räume in Parallelgesellschaften geduldet worden, zu lange hat Politik weg geschaut, wie Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen in der Schule gescheitert und danach ohne Abschluss in den Sozialsystemen gelandet sind. Dazu gehört das sozialromantische Herunterspielen und Verharmlosen der dunklen Seiten von Religionen und Kulturen, das mittlerweile ihren Urhebern auf die Füße gefallen und gescheitert ist. Was wir können und müssen ist: Vom längst geplatzen „multikulturellen“ Nebeneinander zum Miteinander der Gesellschaft zu kommen. Das Zusammenleben von Menschen so gestalten, dass die Grund- und Menschenrechte und die Prinzipien freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie nachhaltig gesichert werden und gleichzeitig unterschiedliche Kulturen und Lebensformen auf dieser Grundlage ihre Anerkennung finden. Dazu gehört auch das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichheit, das keine unterschiedliche Behandlung aufgrund der Hautfarbe, des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion und Kultur duldet. Da kann man nichts herausnehmen, was einem nicht passt. Das ist keine Einbahnstraße. Das gilt für alle. Integration verlangt das Interesse der Gesellschaft und dass diejenigen, die zu uns kommen, die deutsche Sprache erlernen und die Grundprinzipien der Gesellschaft bejahen, in der sie leben möchten.

F+R: *Welche Rolle spielt die Globalisierung?*

Ritter: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Im Zeitalter der Globalisierung nehmen Menschen die Welt nicht nur in ökonomischen Zusammenhängen wahr, sondern ebenso in Kulturkategorien. Sie reagieren auch auf Politik kulturell. Der kulturelle Reichtum, die kulturelle Vielfalt in Deutschland und Europa haben eine gemeinsame Basis, die aus der griechischen und römischen Antike, der jüdisch-christlichen Tradition, der Renaissance und der Aufklärung entstanden ist. Wir müssen die Globalisierung auch kulturell als Herausforderung verstehen; das heißt, unsere Werte nicht nur im Munde führen, sondern auch behaupten. Die Unteilbarkeit der Würde des Menschen ist unser Maßstab. Das hat Konsequenzen.

F+R: *Danke für das Gespräch.*

Günther Wagenlehner: Zeitzeuge und Historiker des Widerstands

Geb. 19. Nov. 1923 in Oederan/Sachsen, gest. 25. Juni 2006 in Bonn

*Von Horst Hennig
und Gerald Wiemers*

Über zehn Jahre verbrachte Günther Wagenlehner im GULag. Es war die Zeit im Leben Wagenlehners, die den Menschen prägt, Weichen für die Zukunft stellt und in der die Ausbildung abgeschlossen wird. Es sind die Jahre zwischen dem 22. und dem 32. Lebensjahr. Als junger Leutnant gerät Wagenlehner gegen Ende des Krieges in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Juli 1945 entlassen wird. Bei dem Versuch, seine Eltern in der SBZ, in seiner sächsischen Heimat, zu finden, wird er von der sowjetischen Besatzungsarmee als „englischer Spion“ verhaftet, im russischen Speziallager Mühlberg eingesperrt, zum sowjetischen Kriegsgefangenen erklärt und in die Sowjetunion verschleppt. Nach einem Fluchtversuch 1946 aus einem Lager bei Rostow am Don wird er angeschossen, ins Lager zurückgebracht und schwer misshandelt. Immer wieder begehrt er gegen das Unrecht auf. Sein Leidensweg führt durch 30 sowjetische Lager. Vom 18. bis 21. Juni 1951 findet sein Prozess vor dem Militärtribunal Don statt. Er wird wegen „Verschwörung gegen die Sowjetunion“ zu dreimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Generalstaatsanwalt Rudenko hatte in einem Revisionsverfahren sogar die Todesstrafe gefordert. Am 9. Oktober 1955 kommt Wagenlehner im Ergebnis des Adenauer-Besuches frei, geht in die Bundesrepublik Deutschland, in das Aufanglager Friedland und nimmt in Hamburg das Studium der Politikwissenschaft auf.

Bereits während des Studiums betätigte sich Wagenlehner als Publizist zu den thematischen Schwerpunkten Kommunismusforschung, Militärpolitik, Ost-West-Gegensatz und Europäische Integration. 1961 schloss er sein Studium mit der Promotion zum Dr. phil. ab. Seine Dissertation über „Lenin zwischen Staat und kommunistischer Gesellschaft“ erschien 1970

unter dem Titel „Staat oder Kommunismus. Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft“ in bisher drei Auflagen. Allein bis 1989 schrieb er 10 Bücher zum kommunistischen Herrschaftssystem und zur sowjetischen Frage. Bereits 1962 erscheint sein Buch „Kommunismus ohne Zukunft“. Außerdem verfasste er zahlreiche Artikel, inspirierte Sendungen und gab sonstige Publikationen heraus.



Dr. Günther Wagenlehner

Von 1962 bis 1988 war Wagenlehner im Verteidigungsbereich als Ostexperte tätig, von 1966-1988 direkt im Bundesverteidigungsministerium. Nach eigenen Worten führten ihn seit 1971 „zahlreiche Vortragsreisen rund um die Welt“. In den Vereinigten Staaten hatte er in vielen Sommermonaten eine Gastprofessur an der Manageruniversität AGSIM in Glendale (Arizona) inne.

Als Wagenlehner 1992 Helmut Kohl bei seinem Moskau-Besuch begleitet, nimmt er Kontakt zu den KGB-Archiven auf. Mit Unterstützung der Bundesregierung gründet er in Bonn das bisher einzig bestehende Institut für Archivauswertung. Als Direktor die-

ses Instituts gelingt es ihm, Verträge mit der Staatlichen Archivverwaltung Russland und dem Innenministerium (MWD) zur Auswertung der Akten in den Sonderarchiven des KGB und MWD abzuschließen. Über 50 000 Datensätze zu politischen Gefangenen in der Sowjetunion trägt Wagenlehner zusammen. Mit ihrer Auswertung konnten über 8500 Rehabilitierungen erreicht werden. Diese einmalige Sammlung befindet sich heute im Hannah-Arendt-Institut bzw. in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Dresden.

Es ging aber Wagenlehner von Anfang an nicht nur um die Dokumentation, sondern vor allem um die Rehabilitierung der deutschen Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilangehörigen. Damit erwarb er sich bleibende Verdienste.

Zusammen mit Andreas Hilger und Ute Schmidt gab Günther Wagenlehner 2001 ein sehr wichtiges Quellenwerk heraus, das auf dem in russischen Archiven gesammelten Material gründet: Sowjetische Militärtribunale. Band 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953. Damit liegt ein Standardwerk zur Dokumentation der Zeitgeschichte vor.

Beachtliche Verdienste hat sich Günther Wagenlehner um die große Zahl der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen erworben. Im Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V. (VdH) wird er, der selbst viele Jahre Gefangener war (wenn auch nicht eigentlich Kriegsgefangener, sondern ziviler politischer Häftling, was die Sowjets gern vermischten), zeitweilig zum Präsidenten gewählt. Für sein Lebenswerk und seinen unermüdlichen Einsatz ehrt ihn der Verband anlässlich seines 50-jährigen Bestehens mit dem „Friedlandpreis der Heimkehrer“. In der Laudatio wird „das Erlebnis der Gefangen-

schaft, der Unfreiheit“ hervorgehoben, das für Günther Wagenlehner „steter Anlass und Triebkraft für seine Arbeit, seinen Einsatz für die ehemaligen Kriegsgefangenen (war). Die Rehabilitierung, auf die sie lange gewartet hatten, war für viele ein Stück innere Befreiung und Befriedigung.“

Die europäische Integration ist neben der Ostforschung ein weiterer Schwerpunkt im Leben Wagenlehners. Er gehörte 1961 zu den Gründungsmitgliedern der „Vereinigung Europäischer Journalisten“ (VEJ), der Vertreter der schreibenden Zunft aus sechs EWG-Ländern angehörten. Bis 1993 war er Vorsitzender der deutschen Gruppe. Nach der revolutionären Überwindung des Kommunismus in Europa gründete er Sektionen in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Estland, Litauen und Polen, um den weiteren Weg für Demokratie und Freiheit in diesen Ländern zu ebnen. In den Jahren 1974 bis 1978 stand Wagenlehner als internationaler Präsident der Vereinigung vor, und 1986-1994 leitete er ihre Geschicke als Generalsekretär. Mit seinem Ausscheiden wurde er für seine großen Verdienste zum Ehrenpräsidenten gewählt. Wie kein zweiter hat er die Organisation geprägt. Bis zu seiner schweren Erkrankung vor drei Jahren,

schreibt Rotger H. Kindermann in einem Nachruf für die VEJ, „war Günther Wagenlehner uns stets ein wertvoller Ratgeber sowohl als Delegierter auf internationalen Kongressen oder als kompetenter Experte beim Annäherungsprozess zwischen Ost und West.“

Mit Klugheit, Beharrlichkeit und großem persönlichem Engagement verfolgte Wagenlehner seine Ziele. Nicht selten konnte er so Entscheidungen für die Rehabilitierung politisch Verfolgter, darunter auch für GULag-Häftlinge jüdischen Glaubens, erreichen. Immer wieder trieb es ihn nach Moskau, und im Dezember 1994 teilte ihm die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation mit, dass er damals „unbegründet, rein aus politischen Motiven“ verurteilt worden und nun vollständig rehabilitiert sei. Seine eigene Akte und die Strafakte umfassen 1600 Seiten.

1987 erschien Wagenlehners Buch „Abschied vom Kommunismus“. Darin beschrieb er den Niedergang der kommunistischen Ideologie. Nur wenige Jahre später werden seine Thesen zum geschichtlichen Ereignis. Im Ende der Sowjetunion und der Wiedergeburt Russlands sah Wagenlehner keinen Verlust, sondern vielmehr eine

Chance zur Festigung des europäischen Friedens. In seinem Pilotprojekt zur Aktenauswertung in russischen Archiven leistete er einen sehr wichtigen und notwendigen Beitrag zur Aufarbeitung der deutsch-russischen Vergangenheit, sachlich, informierend, und lieferte damit einen Baustein für eine bessere deutsch-russische Zukunft.

Köln und Leipzig, August 2006

Die Autoren sind den Lesern durch etliche Beiträge in FREIHEIT UND RECHT bekannt.

Dr. med. Horst Hennig ist nach seiner Pensionierung als Generalarzt der Bundeswehr lehrend und publizistisch tätig. Vor allem engagiert er sich für die Rehabilitierung von einst von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilten. Er ist selbst Opfer der Sowjetjustiz und war von 1950 bis 1956 im GULag in Workuta. Dr. Hennig lebt in Köln.

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Direktor des Leipziger Universitätsarchivs und hat eine Professur für neuere Geschichte und Archivwissenschaften inne. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören das Schicksal jüdischer Naturwissenschaftler in der Nazizeit und der studentische Widerstand gegen die SED-Diktatur.

Verfassungswidrigkeit der KPD: Ein Maßstab der freiheitlichen Demokratie

„Es gibt in der Welt eine unheilvolle Art von Menschen, das sind diejenigen, die glauben, man sei schwach und feige, wenn man höflich und nobel zu ihnen ist. In diese Situation der Schwäche und des Mangels an Mut wollen und werden wir nicht kommen. Wir sind tolerant zu allen Toleranten. Aber wir haben den Mut, rücksichtslos zuzufassen gegenüber allen denen, die die Toleranz dazu missbrauchen wollen, später einmal gegenüber dem Toleranten intolerant werden zu können.“

Kurt Schumacher 1947 (Vorsitzender der SPD)

Vor 50 Jahren, am 17. August 1956, stellte der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts die Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) fest und verfügte deren Auflösung. Das sorgfältig begründete Urteil wird heute häufig als Relikt des Kalten Krieges angesehen: zu Unrecht. Eine Gegenrede.

Von Rudolf van Hüllen

Die junge Bundesrepublik hat 1951 im Abstand von nur wenigen Tagen bei ihrem höchsten Gericht das Verbot zweier Parteien beantragt: der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der linksextremen KPD. Sie bekräf-

tigte damit ihre Absicht, totalitäre und zivilisationsfeindliche Bestrebungen gleich welcher Herkunft und Richtung aus dem politischen Prozess auszugrenzen. Im SRP-Urteil (BVerfGE 2, 1 ff.) konkretisierte das Gericht tragende Elemente der Verfassung zur „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“: Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewalten-

teilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip mit Chancengleichheit für alle politischen Parteien und Recht auf verfassungsmäßige Bildung einer Opposition. Die Beweisführung gegen die NSDAP-Nachfolgepartei SRP war einfach, und schon einen Monat vor dem Verbotsurteil vom 23. Oktober 1952 verschwand sie durch Selbstauflösung aus der politischen Landschaft.

Das KPD-Verfahren richtete sich hingegen gegen eine Partei, deren Mitglieder nicht Täter, sondern in erster Linie Opfer der NS-Diktatur gewesen waren. Der Senat hat sich das Urteil nicht leicht gemacht. Die Dauer des Verfahrens allein eröffnete der KPD reichlich Chancen zur Änderung ihrer Politik, die sie aber nicht wahrnehmen wollte und wohl auch nicht wahrnehmen konnte. Im Gegenteil: Die Erwidern der KPD auf den Verbotsantrag der Bundesregierung enthielt in der Schlussentscheidung folgende Invektiven: „Adenauer will Hitler und Göring nachahmen (...) Wer heute Hitler und Göring nachahmt, wird das gleiche Ende finden (...) Das deutsche Volk weiß heute, wer seine Feinde sind.“

Der historische Kontext des Verbotsantrags

Wer also waren die Feinde der jungen deutschen Demokratie? Sie war zum Zeitpunkt des Verbotsantrags keine zwei Jahre alt, und der Erfolg des Experiments war durchaus noch nicht ausgemacht. Das galt zumal für seine sicherheitspolitische Lage: Die NATO stellte nach ihrer Gründung fest, dass ihr allein in Europa rund 30 voll ausgerüstete und angriffsbereite sowjetische Divisionen gegenüberlagen. Die eigenen Kräfte in Mitteleuropa beliefen sich auf das Äquivalent von allenfalls 14 Divisionen, vielfach von unerfahrenen Rekruten bemannt, zum Teil schlecht ausgerüstet und zusammenhanglos disloziert. Die nukleare Abschreckung war brüchig geworden, seit die Sowjets über eigene Atomwaffen und mit der MiG 15 über ein Jagdflugzeug verfügten, das amerikanische Bomber abfangen konnte. Westliche Planungen rechneten nicht damit, einen russischen Vorstoß am Rhein aufhalten zu können, als erste ernsthafte Auffanglinie waren die Pyrenäen vorgesehen. Und schließlich gab es noch das Szenario eines deutsch-deutschen Konflikts. Hätten die Westalliierten einen großen Krieg geführt, wenn die DDR mit 50.000 bis 70.000 Mann kasernierter Volkspolizei einen Versuch zur „Befreiung“ Westdeutschlands unternommen hätten? Die Polizeien der Bundesländer – bisweilen nur mit Pistolen bewaffnet – verfügten nicht über kasernierte Großverbände. Und mit der Entfesselung des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 machten die Kommunisten klar, dass ihre Politik die militärische Option mit einschloss.

Die von Adenauer lancierte Gegenmaßnahme, einen deutschen Beitrag zur militärischen Verteidigung der Freiheit in die Diskussion zu bringen, war bei der Bevölkerung unbeliebt und deshalb idealer Ansatzpunkt kommunistischer Agitation für nahezu die gesamten 50er Jahre. Die Sozialdemokraten blieben gegenüber dem forschen Vorprellen des Kanzlers skeptisch, auch wenn Kurt Schumacher keineswegs prinzipiell gegen einen deutschen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit gewesen ist. Der nun zum „nationalen Freiheitskampf des deutschen Volkes“ stilisierten SED-Agitation hingegen geriet die künftige Bundeswehr zur „Remilitarisierung“, ihre Soldaten zu „Söldnern des Imperialismus“, das Wirtschaftswunder zur vorbereitenden Kriegs-

wirtschaft und alle Infrastrukturmaßnahmen zur „Herrichtung eines Kriegsschauplatzes“ im Interesse der „Weltherrschaftspläne der amerikanischen Monopole“¹. Zwar spielte Adenauer in diesem abseitigen Szenario die Rolle des Hauptschurken, doch wurden nach kommunistischer Tradition auch die „rechten Führer der SPD unter Dr. Kurt Schumacher“ der „Kriegspartei“ zugeschlagen. Die kommunistische „Friedenspartei“ aber handelte: Sie jagte ihre militarisierten und uniformierten FDJler in Konfrontationen mit der Polizei und konzentrierte ab 1951 bei schwindendem Zuspruch in der Bevölkerung ihre Betriebskader in Schwerpunkindustrien, solcherart ernsthafte Befürchtungen über eine Behinderung des Wiederaufbaus erzeugend. Unter KPD-Genossen warb das MfS – wie man seit 1989 weiß – für den „Tag X“ Untergrundkämpfer und Saboteure an. Als die Kommunisten dann noch ihren eigenen Apparat mit Säuberungen gegen „Titoisten“ (1949/50) und gegen „Kosmopoliten“ (1950/51) überzogen, gar eigene Spitzenkader wie Kurt Müller im März 1950 und Fritz Sperling im Februar 1951 in der DDR verhaften ließen, war das Maß voll. Verständlicherweise kam die Bundesregierung zu dem Eindruck, es mit einem hoch gefährlichen und unberechenbaren Apparat zu tun zu haben, der nach den Direktiven der SED, der KPdSU und ihrer Repressionsagenturen handelte.

Das KPD-Verbot zielte daher nicht in erster Linie auf die Beseitigung eines lästigen Konkurrenten um Wählerstimmen. Dies hatte nämlich die KPD bereits selber erledigt: Im September 1953 katapultierte sie sich mit nur noch 2,2 % Stimmenanteilen gegenüber 5,7 % im August 1949 aus dem Bundestag. „Treue zur Sowjetunion“, der Korea-Krieg, die Sowjetisierung Osteuropas und die Verfolgung von Sozialdemokraten, Gleichschaltung der Gewerkschaften sowie Abschaffung der Betriebsräte in der DDR, in der es allein 1950 rund 78.000 politische Verurteilungen gab, verstärkten einen insgesamt völlig berechtigten Antikommunismus und blieben nicht einmal auf die kommunistische Klientel im Westen ohne Wirkung. Von einem Höchststand von rund 300.000 Mitgliedern 1947 fiel die Zahl der KPD-Anhänger durch „Parteiüberprüfungen“ und individuelle Resignation auf rund 135.000 zum Zeitpunkt des Verbotsantrags². Im August 1956 waren noch 70.000 bis 80.000 KPD-Mitglieder übrig, die ganz überwiegend sofort „die Verbindungen zur Partei“ verloren. Nur ein harter Kern von Kadern wandte sich der illegalen Tätigkeit zu. Er schmolz bis 1968 auf gerade mal 7.000 Personen – Parteiverbote können, konsequent durchgesetzt, durchaus wirksam sein.

Aus dem offensichtlichen Verfall der KPD schon in den 50er Jahren ist gefolgert worden, das Bundesverfassungsgericht habe unnötigerweise eine Partei verboten, die politisch ohnehin erledigt gewesen sei. Der Vorhalt fällt indessen auf seine Urheber zurück, denn er erzeugt von deren Ahnungslosigkeit über den Charakter und die Aufgaben einer kommunistischen Kampfpartei. Als Wahlpartei war die KPD in der Tat ziemlich bedeutungslos, denn niemand wollte etwas mit ihr zu tun haben, schon gar nicht die SPD, deren Genossen in der DDR in Stasi-Haft saßen.

Eher schon gab es Anlass, mit der KPD den aggressiv militaristisch auftretenden Interventionsapparat einer gegneri-

1 So im Wesentlichen das Weltbild der „Thesen des Münchener Parteitagess“ der KPD von März 1951.

2 Zahlen nach Dietrich Staritz, Die KPD, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch, Opladen 1983, S. 1784. Die Zahl 135.000 wurde aus den Angaben bei Staritz für Januar 1951 (148.000) und Ende 1952 (120.000) gekoppelt.

schen Macht zu verbieten und damit die rechtlichen Grundlagen für die Beseitigung eines evidenten Sicherheitsrisikos zu schaffen. Mit den nicht durch das Parteienprivileg geschützten Tarn- und Vorfeldorganisationen der KPD ist denn auch seit 1951 in diesem Sinne energisch aufgeräumt worden. Ein – in einzelnen seiner Bestimmungen tatsächlich mit der heißen Nadel gestricktes und überzogenes – Strafrechtsänderungsgesetz vom Juli 1951 (so genanntes „Blitzgesetz“) ermöglichte, gegen Einzelpersonen vorzugehen. Aber auch dem Verbotsverfahren haftete zunächst der Geschmack eines latenten Ausnahmezustandes an: Zwei der drei KPD-Prozessbeauftragten saßen zu Verfahrensbeginn in Haft; das Gericht beschaffte sich im Januar 1952 durch umfangreiche Durchsuchungen und Beschlagnahmen in KPD-Geschäftsstellen kurzerhand das für den Nachweis konspirativer Strukturen und der Abhängigkeit von der SED notwendige Beweismaterial.

Skrupulöses Verfahren

Dennoch bewahrten die Richter Distanz zu tagespolitischen Herausforderungen. Die gründliche Auswertung der Beweismittel nahm ein Jahr in Anspruch, dann erhielten die KPD-Anwälte ein weiteres halbes Jahr Zeit zur Akteneinsicht in die Ergebnisse. Auch danach wurde noch kein Termin für die mündliche Verhandlung anberaumt. Noch im November 1954 fragte der Verfassungsgerichtspräsident bei der Bundesregierung nach, ob an dem Antrag festgehalten werde. Erst auf das „Ja“ aus dem Palais Schaumburg wurde vom 23. November 1954 bis zum 14. Juli 1955 an insgesamt 51 Tagen verhandelt. Der Stil der mündlichen Verhandlung zeugt von der Skrupulösität des Senats und vom hohen Niveau seiner Verfahrensführung. Er saß gelassen die üblichen – und bei den meisten späteren Strafverfahren gegen Kommunisten leider berechtigten – Vorhaltungen über angebliche Verfehlungen der Richter während der NS-Zeit ab; Altnazis gab es unter den Bundesverfassungsrichtern nicht. Er duldete und ertrug die endlosen geschichtsklitternden Tiraden über die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die SPD, die Aufrufe der KPD zur „Einheitsfront“ mit den abtrünnigen Sozialdemokraten und über den heldenhaften antifaschistischen Kampf der KPD, mit denen der SED-Justizfunktionär Friedrich Karl Kaul versuchte, das Verfahren zu einem Gesinnungsprozess (die Charakterisierung als „Ketzer- und Hexenprozess“ hatte der Senat gleich am ersten Verhandlungstag unterbunden) im Rahmen einer gesamt-kapitalistischen Verschwörung zu stempeln.

Nach Ende der mündlichen Verhandlung verging ein weiteres Jahr, bevor am 17. August 1956 das Urteil verkündet wurde. Die KPD hatte vier Jahre und neun Monate Zeit gehabt, um ihr Verhalten zu ändern und wich doch nicht einen Millimeter von der stalinistischen Linie ab. Typisch dafür der 23. Oktober 1952, der Tag des SRP-Verbots. Es war dem Zentralorgan der angeblich so antifaschistischen KPD keine Zeile wert. Das Verbot einer NS-Nachfolgepartei auf Antrag einer bürgerlichen Regierung war agitatorisch nicht verwertbar, die zeitgleiche Aufdeckung eines reaktionären und rechtsgerichteten Klüngels in Hessen kam an seiner Statt auf die Titelseite, bis sie wenige Tage später von der Berichterstattung über den XIX. Parteitag der KPdSU – noch ganz im Zeichen des großen Stalin – verdrängt wurde. Und so ging es weiter, im November 1952 mit dem „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“, am 17. Juni 1953 unter dem Tenor „Adenauers Kriegsprovokationen

zum Scheitern verurteilt“ („Freies Volk“ vom 18.6.1953), im Dezember 1954 mit den „Thesen des Hamburger Parteitages der KPD“. Erst 1956 (vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Das Hoffnungs- und Krisenjahr: 1956, in: FREIHEIT UND RECHT, Juni 2006/2, S.1 ff.) deutete sich ein schüchternes Abrücken von jenem Habitus an, der aus der KPD – einem Wort Herbert Wehners zufolge – „eine Partei des permanenten Landesverrats“ gemacht hatte.

Normsetzende Kraft des KPD-Urteils

Das Urteil aber gehörte wegen der Durchdringung des Gegenstandes und seiner sprachlichen Brillanz zu den großen Würfen des Bundesverfassungsgerichts. Der Senat hatte die lange Verhandlungsdauer zur gründlichen Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus genutzt. Nicht weniger als 2.700 Seiten umfaßt das amtliche Dokumentarwerk zum Prozess. Anders als in der holzschnittartigen und ungelenkten Antragsbegründung der Bundesregierung ist der Urteilstenor ideologisch trittsicher und souverän, der Text des Berichterstatters über die Charakteristika der KPD noch heute bedenkenlos in der politischen Bildung verwendbar.

Vor allem aber hatten sich die Richter ein beachtliches Stück vom Rechtspositivismus emanzipiert, jener deutschen Rechtstradition, die besagt, das Unrecht nur sein kann, was formal unter den abstrakt-generellen Tatbestand einer geschriebenen Verbotsnorm subsumierbar ist. Rechtspositivismus schafft zwar Rechtsklarheit, oft aber unter Verlust dessen, was man altmodisch Jurisprudenz nennt. Im Staatsschutzrecht bedeutet dies z.B.: Eine terroristischen Aktionsformen gegenüber aufgeschlossene extremistische Organisation, die zentnerweise Semtex und Gelamon bunkert, kommt heute davon, wenn ihr nicht die konkrete Planung zu bestimmbar und zeitnah bevorstehenden terroristischen Anschlägen nachgewiesen wird. Ordentliche Rechtspositivisten, Paragraphenreiter und Scholastiker – sie siedeln besonders gern in den Senaten von Verwaltungsgerichten – werden stets auf Harmlosigkeit erkennen, wenn die Organisation förmlich erklärt, sie habe das Zeug mit botanischen Hilfsmitteln verwechselt und eigentlich nur den Rasen ihrer Parteizentrale sprengen wollen.

Ganz anders das KPD-Verbotsurteil: Es reflektiert sehr genau den Umstand, dass der Errichtung von Diktaturen im 20. Jahrhundert oft genug pseudolegale Machtergreifungsstrategien vorgelagert waren. Um solche legalistischen Strategien zu inkriminieren, hat der Senat die Absichten der Kommunisten jenseits ihrer tagespolitischen Unschuldsbetuerungen immanent aus dem Gesamtsystem des Marxismus-Leninismus deduziert. Dazu gehört die gründliche Klärung des semantischen Verwirrspiels um den liberal-demokratischen und den kommunistischen Demokratiebegriff, aber auch die Feststellung, eine bloß taktisch motivierte zeitweilige Zurückhaltung sei rechtlich unbeachtlich: „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören (...) auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“ Ein konkretes Unternehmen ist nicht erforderlich, es genügt, „wenn der politische Kurs einer Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen Grundordnung gerichtet ist“. Nahziele, die für sich betrachtet legal erscheinen, sind in die Gesamtschau verfassungsfeindlicher Absichten einer solchen Partei einzuordnen: „Eine Partei ist schon dann verfassungs-

widrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie (...) deshalb erstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen“. Hochaktuell ist schließlich die klare Grenzziehung, die das Gericht zwischen grundrechtlich geschützten philosophischen, wissenschaftlichen und religiösen Ideen und ihrer politischen Umsetzung gezogen hat: „Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie (...) und politischen Zielen einer Partei (...) ist dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsründen ihres politischen Handelns gemacht werden.“³ Das zielte 1956 auf den Marxismus-Leninismus, der schon nach Einschätzung Lenins nicht nur Theorie, sondern Anleitung zum Handeln sein wollte. Heute kann dieser Leitsatz des Senats für die Bewertung islamistischer Gewalt aufschlussreich sein.

Flexible Handhabung seit 1968

Verfassungsgerichtsurteile genießen Gesetzeskraft und können nicht aufgehoben werden. Feststellungen der Verfassungswidrigkeit von offensichtlichen Ersatz- und Nachfolgeorganisationen wie der 1968 nach eigener feinsinniger Diktion nicht etwa gegründeten, sondern „neu konstituierten“ DKP setzen aber einen entsprechenden Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung voraus. Sie unterliegen also politischem Gestaltungswillen. Das ist gut so: Wenn zu den Bedingungen für die Verträge von Moskau und Warschau und für den Grundlagenvertrag die Akzeptanz einer legalen KP gehörte, so durfte das Urteil von 1956 dem Gestaltungswillen der Bundestagsmehrheit nicht im Wege stehen. Die DKP – personell und politisch nahezu ein Klon der verbotenen KPD – beachtete ihrerseits pro forma die roten Linien. In ihren Papieren mutierte die „Diktatur des Proletariats“ zur „Macht der Arbeiterklasse“. Den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit und die Last der nachrichtendienstlichen Überwachung durch die Verfassungsschutzbehörden wollte sie – aus guten Gründen – nie höchst-richterlich geklärt wissen. Sie fand denn auch wie ihr Vorgänger keinen nennenswerten Massenanhang mehr. Ein erheblicher Teil ihrer früheren Klientel war seit 1956 zu sozialdemokratischen Stammwählern resozialisiert worden. Diese durchaus positive Bilanz ist allerdings für die 80er Jahre dahingehend zu hinterfragen, ob der wahlpolitisch erfolglose Interventionsapparat DKP in der letzten großen Systemauseinandersetzung um die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen und damit um die Selbstbehauptung des europäischen NATO-Flügels nicht einen ungebührlich hohen Einfluss nehmen konnte.

In jedem Falle aber ungebührlich ist die zeitgeistige Missdeutung des KPD-Urteils als antikommunistische und illiberale Verwirrung. Schon beim runden Jubiläum vor zehn

Jahren konnte es ein vom Staatsanwalt zum Journalisten mutierter Autor nicht lassen, sein defizitäres Geschichtsbild als Ausdruck besonderer Kritikfähigkeit zu präsentieren. Für die Opfer der SED-Diktatur ist es aber beleidigend, wenn dienstbare Bündnispartner der Kommunisten von Martin Niemöller über Clara Maria Fassbinder bis hin zu Viktor Agartz entgegen aller historischen Evidenz zu wohlmeinenden Friedensfreunden und die Kader der stalinistischen KPD als Opfer „einer neuen Welle der Verfolgung von echten und angeblichen Kommunisten in Deutschland“ zu Märtyrern stilisiert werden⁴.

Solche fahrlässigen Fehldeutungen sind Steilvorlagen für vorsätzlich handelnde Geschichtsfälscher: Da veranstaltet die PDS/Linkspartei wie vor zehn Jahren eine „Anhörung“ im Bundestag, gemeinsam mit „Opfern des Kalten Krieges“ – so der Name einer Initiative aus KPD-/DKP-Altkadern. Gefordert wird deren „Rehabilitierung“ und eine Aufhebung des KPD-Verbots. Warum eigentlich die Rehabilitierung stalinistischer Helfershelfer und nicht wirklicher Opfer von Unrecht? Würde es der Partei nicht eher zur Ehre gereichen, wenn sie ihren zweifellos vorhandenen Einfluss nutzte, um mäßigend auf jene Generals- und Obristenjunta einzuwirken, die in Berlin die Opfer des SED-Regimes verhöhnt?

Von der DKP durfte man solches selbstverständlich nicht erwarten. Sie ruft für den 19. August zu einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag des KPD-Verbots auf. Geworben wird mit dem Konterfei von Thomas Mann, begleitet von seinem angeblichen Ausspruch, der Antikommunismus sei die Grundtorheit der Epoche. Das hatte der große Literat etwas anders gemeint:

„Sie sehen, dass ich in einem Sozialismus, in dem die Idee der Gleichheit die der Freiheit vollkommen überwiegt, nicht das menschliche Ideal sehe und erblicke, und ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“⁵

Die seit Jahrzehnten ungenierte Verfälschung des Zitats ist immerhin auch eine Botschaft. Und deshalb sollte das 50 Jahre alte Urteil Bestand haben, als ein klares Signal dafür, dass der Kommunismus keine politische Meinung, sondern in der Regel ein Verbrechen bezeichnet.

Der Autor:

Dr. Rudolf van Hüllen ist Politikwissenschaftler und war bis 2006 Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz

3 Sämtliche Zitate aus den Leitsätzen des Urteils, BVerfGE 5,85 (85 f.).

4 Heribert Prantl: „Die Justiz in den Schützengräben des Kalten Krieges. Wohin in der jungen Bundesrepublik die Angst vor den Kommunisten führte“, in: SZ v. 17.8.1996.

5 Thomas Mann an Alfred Kurella am 5. Mai 1955, zit. nach FAZ v. 24.6.1995.

Aus den Verbänden

Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer-
und Verfolgtenorganisationen e.V.

Horst Schüler und Dieter Rieke auf der Veranstaltung des ZDWV

Der Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) sind miteinander ins Gespräch gekommen. Zunächst waren Vertreter beider Dachverbände bei aller Verschiedenheit der Arbeitsschwerpunkte über das hohe Maß an Übereinstimmung in den grundsätzlichen antiextremistischen und antitotalitären Positionen beinahe verblüfft. Es begann mit einem Interview der Vierteljahresschrift des ZDWV, FREIHEIT UND RECHT, mit Horst Schüler, dem Vorsitzenden der UOKG. Die Überschrift lautete: „Gegen jede Art von Extremismus“ (Ausgabe Juni 2004/2, S. 13). Es setzte sich fort mit einem ausführlichen Gespräch zwischen Annemarie Renger, der Vorsitzenden des ZDWV, und wiederum Horst Schüler. Dieses Spitzengespräch, bei dem man sich auf eine Intensivierung des Gedankenaustauschs auch unter Einbeziehung der beiden Verbandszeitschriften, DER STACHELDRAHT (UOKG) und FREIHEIT UND RECHT (ZDWV), verständigte, fand im geeigneten Rahmen am Vorabend der großen Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags des Attentats des Grafen Stauffenberg auf Hitler, zu denen der ZDWV auch Horst Schüler eingeladen hatte, am 19. Juli 2004 im Berliner Hotel Excelsior statt (Bild Seite 15). Mittlerweile sind die Kontakte zwischen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern beider Verbände fast schon Routine.

In diesem Jahr war **Horst Schüler** erneut Gast des ZDWV beim Tag des Widerstandes am 20. Juli in Berlin und wirkte diesmal auch bei der traditionellen Veranstaltung des ZDWV am Vortag der offiziellen Feierlichkeiten mit. Die von Dr. h.c. Annemarie Renger eröffnete und von der Vorsitzenden des BVN Berlin, Dr. Nikoline Hansen, moderierte Veranstaltung stand diesmal ganz im Zeichen der kommunistischen Diktatur und ihrer Opfer.

Unter dem Thema „Gegen jede Art von Extremismus“ gab Schüler einen Überblick über Grundsätze und Arbeit der UOKG. Er beginnt seinen Vortrag mit einer (inhaltlichen) Verbeugung in Richtung Köln: Dort lebt der heute 95-jährige Erwin Jöris, dessen Buch „Ein Leben als Verfolgter unter Hitler und Stalin“ im Jahre 2004 erschienen ist. Jöris' Verfolgung durch die totalitären Massenmörder des 20. Jahrhunderts ist mit dem spröde klingenden geschichtswissenschaftlichen Terminus „Doppelopfer“ nur unzureichend beschrieben. Der einstige Jungkommunist Jöris, der sich in der Sowjetunion Schutz vor der Naziverfolgung erhofft

hatte, wurde dort in den 30ern verhaftet. Selbst der auf seine Umgebung ruhig wirkende, weit nach seiner eigenen Zeit in der Hölle von Workuta hanseatisch geprägte Hamburger Gentleman Horst Schüler kann seine Erschütterung nicht ganz verbergen als er fortfährt: „Und als 1939 die beiden Diktatoren Hitler und Stalin ihren Pakt schlossen, gehörte er (Jöris) zu denen, die vom sowjetischen Geheimdienst der Gestapo übergeben wurden, mit all den grausamen Folgen. ... Warum ich Ihnen hier von Erwin Jöris erzähle? Weil er unter meinen Kameraden der wohl eindrucksvollste ist, vor allem aber, weil sein Leben, sein Schicksal so etwas wie ein Synonym für das ist, was in den von mir geführten Organisationen als politisches Leitmotiv voran steht: Entschiedenenes Eintreten gegen jeden Extremismus, sei es der von links, sei es der von rechts.“

Horst Schüler hat nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der Mitglieder der im ZDWV zusammengeschlossenen Verbände und ihrer Gäste erreicht. Und doch fragt sich ein

trotz der ungünstigen Nachmittagsstunde in jenen heißen Juli-Tagen besonders wacher Zuhörer, ob zwischen den Zeilen einer weiteren Passage nicht auch Sorge um bestimmte Teile des eigenen Verbandes, der UOKG, mitschwingt, wenn Schüler ausführt: „Es ist mir sehr wichtig, es noch einmal zu betonen: Der bedingungslose Kampf gegen rechten wie linken Extremismus ist oberster Grundsatz der UOKG und der unter ihrem Dach vereinten Organisationen. Wer dagegen verstößt, der hat bei uns nichts zu suchen. So lange der von mir geführte Vorstand im Amt ist, wird sich daran nichts ändern, und ich bin sicher, auch danach nicht.“

Auch der zweite Referent des Nachmittags ist Opfer der kommunistischen Verfolgung. Es ist der im ZDWV wie auch den Lesern von FREIHEIT UND RECHT und des „Stacheldraht“ gut bekannte **Dieter Rieke**, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR. Unter der Themenstellung „Die Folgen des Krieges und der kommunisti-

schen Diktatur“ verknüpft er seinen eigenen Lebens- und Leidensweg mit der Entwicklungsgeschichte des Kalten Krieges. Mit anderen Worten zusammengefasst: Der Kalte Krieg war für Dieter Rieke nie nur eine bloße Machtauseinandersetzung zweier atomarer Supermächte, bzw. der beiden „Blöcke“, sondern der Zusammenstoß zweier gegensätzlicher Auffassungen von Politik und letztlich zweier unvereinbarer Auffassungen vom Menschen in der Gesellschaft. Dieser keineswegs nur als philosophischer Disput zu verstehende Gegensatz führte für Dieter Rieke persönlich zu fast neun Jahren Haft im „gelben Elend“, der Haftanstalt Bautzen I. Er hatte sich beharrlich zur Sozialdemokratie bekannt, auch als diese in der sowjetischen Besatzungszone schon einige Jahre im Wege der Zwangsvereinigung liquidiert worden war. Leidenschaftlich stritt er nach seiner Entlassung aus der Haft 1957 und Flucht in den Westen für Demokratie, für Freiheit auch im Osten und für die deutsche Vereinigung. Das brachte ihm Bespitzelung durch persönliche und politische „Freunde“ im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes der DDR auch im Westen ein, was erst nach Öffnung der Stasi-Akten ab 1989/90 von der Vermutung zur Gewissheit wurde. Die Mehrzahl der Menschen in Ost- und Westdeutschland hat den Fall der Mauer gefeiert,



Streitbare Demokraten im Gespräch: In der Atmosphäre des Tagungshotels Excelsior, nicht weit vom Kurfürstendamm, war der antiextremistische Konsens schnell gefunden bei der ersten Begegnung zwischen Annemarie Renger, Vorsitzende des ZDWV, und Horst Schüler, Vorsitzender der UOKG, am 19. Juli 2004. Foto: Sybille Ploog

und viele haben ihn als wichtigstes politisches Erlebnis ihres Lebens empfunden. Für Dieter Rieke und andere ehemalige politische Häftlinge war der rapide Niedergang der SED-Herrschaft im Jahre 1989 mehr: die schönste Haftentschädigung, die sie sich vorstellen konnten. Er schließt seinen Vortrag mit den Worten: „Was uns Verfolgte betrifft, meine ich: Geld heilt keine Wunden, aber die verbliebenen Opfer des DDR-Terrors erwar-

ten mehr Anerkennung und Einbeziehung in die politische Gegenwart. Der Heilungsprozess des Zusammenwachsens von Ost und West wird noch ein oder zwei Generationen dauern. Bis dahin zwingt uns die globale Entwicklung, gemeinsam Tritt zu fassen und auch stolz auf unser Land zu sein, das in der großen Völkergemeinschaft ohne Vorbehalte wieder seinen Platz gefunden hat.“

J.M.



Bund der Verfolgten des Naziregimes

Berlin e.V.

Westberlin – ein schwarzes Loch in der deutschen Geschichte?

**Die Ständige Ausstellung des DHM im Zeughaus:
Eine Grotteske mit vorhersehbarem Bumerangeffekt**

Mit der Eröffnung der ständigen Ausstellung zur deutschen Geschichte versucht das Deutsche Historische Museum seinen zentralen Auftrag der Gründungskonzeption zu erfüllen – eine schwere Aufgabe, an der weiter gearbeitet werden muss. Dies mag an den gestellten Fragen liegen, die als Gerüst dienen sollten:

- Deutschland – Wo liegt es?
- Die Deutschen – Was hielt sie zusammen?
- Wer herrschte, wer gehorchte, wer leistete Widerstand?
- Woran glaubten die Menschen, wie deuteten sie die Welt?
- Wovon lebten die Leute?

Aus den Verbänden

- Wer mit wem gegen wen? Konflikt und Kooperation in der Gesellschaft
- Was führt zum Krieg, wie macht man Frieden?
- Wie verstehen die Deutschen sich selbst?

Dazu heißt es von den Ausstellungsmachern: „Diese Fragen werden durch die Ausstellung nicht explizit beantwortet. Vielmehr wird es dem Besucher selbst überlassen, anhand der Darstellungen zu eigenen Antworten und Interpretationen der Zusammenhänge zu gelangen.“ Also Geschichte als Erkenntnisprozess mit ungewissem Ausgang? Teilweise hätte man sich als unbedarfter Besucher zumindest eine vollständige Information über die gezeigten Exponate gewünscht, teilweise wird man nach einigem Suchen doch fündig – was nicht nur auf die Exponate, sondern auch die historischen Bausteine zutrifft, die man erwartet – 8000 Exponate auf 7500 Quadratmetern wollen erarbeitet sein. Wer sich also einen schnellen Zugang zur deutschen Geschichte erhofft hat, muss zwangsläufig enttäuscht werden oder wird gar im unteren Geschoss, beginnend mit der Weimarer Republik, auf eine falsche Fährte geschickt.

In der mitunter kurzweiligen, allerdings in der Schwerpunktsetzung nicht unbedingt schlüssigen Dauerausstellung führt der Weg von der Varusschlacht über die Reformation bis in die Gegenwart mit Anti-AKW-Bewegung und Wiedervereinigung, erkennbar der Kampf um die Findung der eigenen Identität als Nation. So wird bereits die zweite der acht Fragen – was hielt die Deutschen zusammen – nur sehr bruchstückhaft beantwortet, denn eine kulturelle Entwicklung haben die Ausstellungsmacher nicht gefunden. Das ist zwar keine explizite Aufgabe des Historikers, die identitätsstiftende Bedeutung der geistigen Kultur wird aber in dem Kapitel „Die Herrschaft der Vernunft“ recht deutlich. Von Kant über Mendelssohn, Goethe und Mozart erschließt sich da ein kleiner kultureller Schrein, der konterkariert wird mit dem Zivilisationsbruch des zweiten Weltkriegs – der Zerstörung kultureller Identität als „entartete Kunst“ und daraus zu Unrecht folgend einer jämmerlichen Gegenwart, die nur als Hilfeschrei eines vorgeblich kulturellen Versagens verstanden werden kann, der zumindest meiner eigenen Wahrnehmung nicht entspricht. Ist unsere Kultur wirklich so nichtssagend wie im DHM dargestellt? Der Besucher darf sich wundern. Dafür lässt sich eine Vorliebe der Gewichtung auf gewaltsame zivilisatorische Umbrüche erkennen: Der Raum, den „Weltverwüster Bonaparte“ und die napoleonischen Kriege einnehmen, erscheint genauso überdimensional wie die Epoche des NS-Regimes, ohne dass die historische Aussage durch die gezeigten Exponate ein klareres Bild ergibt: Krieg und Frieden, die großen Themen der Weltgeschichte, bleiben auch das große unbewältigte Thema der deutschen Geschichte.

Dass die Weimarer Republik eine Zeit kultureller Blüte war, ist im Rauschen des Arbeiterkampfes und der Kapitalismuskritik untergegangen. Denn den „Frühkapitalismus“ haben die Ausstellungsmacher schon im 16. Jahrhundert entdeckt. Und so leiden wir auch an der konsumorientierten jüngsten Geschichte: Der volkseigenen Kostümjacke, Kunststoffgranulat und einem in hellem Grün daherkommenden „Trabant“ wird der westdeutsche Wohlstand der fünfziger Jahre, reduziert auf ein elegantes Kleid und einen moosgrünen „Volkswagen“ geschickt gegenüber gestellt – eine angemessene Gewichtung ist hier nicht erkennbar. Dass Kultur ohne Anerkennung von Freiheit als grundlegendem Wert nicht wachsen und existieren kann, ist eine Erkenntnis, die den

Ausstellungsmachern so fern liegt, dass sie auch kein Verständnis für die Kultur der Gegenwart aufbringen konnten. Diese allerdings in einer Präsentation deutscher Geschichte schlichtweg zu ignorieren, ist mehr als schlechter Stil, es ist eine engstirnige Sichtweise, die einer Kulturnation, die sich darum bemüht, in vieler Hinsicht beispielhaft zu sein, einfach schlecht bekommt. Die DDR – so war sie nicht. Und die Bundesrepublik, sie war viel mehr.

Besser weg als die Kultur kommt die Verfassungsgeschichte. Allerdings wird auch ihre wesentliche friedensstiftende Funktion nur teilweise im Rahmen der Chronologie der Geschichtsschreibung als Subtext dargestellt und nicht immer an der exponierten Stelle, die man ihr wünschen würde. Besonders undifferenziert die Zeit nach 1945: In Laufrichtung links „Deutscher Volksrat und Verfassung der DDR“ – dem Volke die Staatsgewalt und die Verfassung in rotem Prachtband. Rechts ein unscheinbares Grundgesetz und die Verfassungsväter. Von den gewaltigen Unterschieden, die diese beiden Werke in ihrer Wirkung jeweils auf das Leben der Bewohner dieser Staaten hatten, bekommt der Besucher nur das Bedauern des Untergangs der DDR unter der Überschrift „Ende der Hoffnungen“ sowie die komplizierten Selbstfindungsversuche im Westen zu spüren. Schließlich der Triumph: Wir sind ein Volk. Nach Verlassen der Ausstellung bleibt die Nationalhymne als Ohrwurm zurück, den man eine Weile vor sich hinsummen kann: Bleibt verfassungsgeschichtlich Prachtband oder Grundgesetz? Eines der letzten Exponate ist der Einigungsvertrag.

Der Weg dorthin mutet mitunter befremdlich an. Für die Zeit der Weimarer Republik hätte mit alternierenden Schauvitrienen wenigstens der Fluchtwegcharakter vermieden werden können, der diesen interessanten Teil der deutschen Geschichte schautechnisch auffallend lieblos prägt: eine Gestaltung, die angesichts der nachwirkenden Bedeutung dieser Zeit völlig unakzeptabel ist. Wenig angemessen erscheint im Anschluss daran allein quantitativ auch der Raum, der der Zeit von 1933–1945 und damit dem Nationalsozialismus gewidmet ist. Hier schlägt der Einzelteilcharakter unterschiedlicher Aspekte mit voller Macht zu: eine zusammenhängende Geschichte wird nicht erzählt, Machtergreifung und Gleichschaltung sind Fremdwörter. Die Darstellung, wie das nationalsozialistische System funktioniert hat, erfolgt zugunsten einzelner herausgegriffener Aspekte nur ansatzweise: dazu gehören zwar Volksgemeinschaft, Antisemitismus, Rassenwahn, Euthanasie und Krieg, selbst die Autobahnen und der KdF-Wagen wurden aus der Plakatsammlung gefischt. Nicht dazu gehören allerdings die Täter und die Regierung, abgesehen von Hindenburg und Hitler, an denen ja kaum ein Weg vorbei führt. Die Geschichtsschreibung des DHM folgt damit einem überwunden geglaubten Duktus des deutschen Geschichtsbildes, in dem sich die Geschichte von 1933–1945 auf die Opfer des Nationalsozialismus reduziert. Weshalb das „tausendjährige Reich“ zwölf Jahre lang funktioniert hat und nur mit Hilfe der Alliierten beendet werden konnte, weshalb der differenziert dargestellte Widerstand gescheitert ist, bleibt angesichts der Exponate auch beim besten Willen des Betrachters ein Rätsel, so er denn nicht anderweitig Kenntnis der Geschichte erworben hat. Die Bedeutung Sachsenhausens wird in einem im äußersten Abseits gelegenen Winkel der Ausstellung früh im Jahr 1933 angerissen. Weit entfernt am Ende steht spiegelbildlich ein weißes Modell von Auschwitz und symbolisiert den Schrecken der Vernichtung als quasi in die Ecke gedrängtes, außerirdisch wirkendes Ereignis: es

passt hier nicht her. Die Geschichte Deutschlands in den Jahren 1933–1945 tritt zurück vor der europäischen Dimension des Völkermords – Deutschlands „europäische Sendung“, der plakative Leitspruch der Anfangsjahre „In den Staub mit allen Feinden Großdeutschlands!“ hat sich erfüllt. Die Darstellung des als Machtinstrument kontinuierlich weiterentwickelten Schreckenssystems der Konzentrations- und Vernichtungslager entfällt.

Lapidar dann auch die Darstellung der Entnazifizierung, die zum amerikanischen Teil der Besatzungszonen feststellt, die Politik der Konfrontation der Bevölkerung mit den Gräueltaten in den KZs sei wirkungslos verpufft, die beiden anderen Westmächte nur dem Namen nach erwähnt und der VVN und dem „Antifaschismus“ einen im gesamtdeutschen Kontext unverhältnismäßigen Stellenwert einräumt. Das mag an der historisch einsichtigen, vor Ort aber unglücklich gewählten Begrenzung auf 1945–1949 liegen, die zwangsläufig eine Verkürzung und damit einen abgerissenen Faden zur Folge haben muss. Es stimmt allerdings nachdenklich, dass dieser Faden nirgendwo wieder aufgenommen wird: Mit der Unterzeichnung der Kapitulation und den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ist der Kollateralschaden in der deutschen Geschichte behoben, die mühselige Wiedereingliederung Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft, ein Prozess, der sich ja bis in die heutigen Tage fortsetzt, fällt angesichts einer vom Deutschlandbild der DDR-Geschichtsschreibung geprägten Gegenüberstellung der zwei deutschen Staaten unter den Tisch. Und diese Gegenüberstellung ist mehr als platt, sie zeichnet ein Bild von Gut und Böse, das geradezu grotesk erscheint. Die DDR ist der vorbildlich entnazifizierte und antifaschistische Staat, der das Naziregime bereits 1949 überwunden hat, wohingegen die Bundesrepublik sich mit der historischen Aufarbeitung schwer tat: auf der einen Seite ein Plakat, das eine „Internationale Kampfwoche gegen den Faschismus für Frieden und Unabhängigkeit der Völker“ propagiert, auf der anderen Seite werden die Auschwitzprozesse in den sechziger Jahren und all die mühseligen Prozesse der inneren Aufarbeitung, wie die Debatte um die Verjährung der Naziverbrechen, hinter einem Ölbild aus dem Jahr 1967 präsentiert, das die Bild-Zeitung, die Welt, die Nationalzeitung und die Deutschen Nachrichten um eine Landser-Ausgabe herum in Form eines Hakenkreuzes drapiert („Stilleben für die große Koalition“). Wichtige Aspekte in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland fallen durch diese Beschränkung auf das Spiegelbild der DDR-Geschichte völlig unter den Tisch – darunter etwa die Tatsache, dass die Verfolgten des Naziregimes sich auch im Westen der Republik in einem bundesweiten Verband zusammenschlossen, nämlich im Jahre 1950 unter dem Namen Bund der Verfolgten des Naziregimes, und in einer wechselvollen, noch weitgehend unerforschten Geschichte in erheblichem Maße zum Wiederaufbau der freiheitlichen Demokratie beitrugen. Es fehlt das Bundesentschädigungsgesetz, und die Betroffenen wundern sich – ist es Unkenntnis oder Ignoranz? Es fehlen die Emigranten, die als Soldaten zurückgekommen sind wie Stefan Heym, es fehlen deutsche Persönlichkeiten wie Albert Einstein, die nicht zurückgekommen sind, aber heute wieder gerne als Teil der deutschen Identität, wahrgenommen werden. Es fehlen alle, die das NS-Regime nicht unterstützt, sondern auf das vorhersehbare Ende gehofft hatten. Diese

unzulässig verkürzte Darstellung überzeugt nicht. Sie indoktriniert die, die es nicht besser wissen. Auf den Westberliner, der in einer freiheitlichen Demokratie mit der Mauer ständig vor Augen aufgewachsen ist, wirkt sie wie der Versuch, durch Verzehr saurer Gurken das Verlangen nach Bohnenkaffee und Bananen zu verdrängen. Und so wird auch auf die Geschichte Westberlins ganz verzichtet: sie passt nicht ins gezeichnete Bild. Dafür wird das politische Einparteiensystem der DDR in einer Bildschirmpräsentation dem der Bundesrepublik gegenübergestellt, die sämtliche Wahlergebnisse von 1949 bis heute liefert: Eine Überinformation, die vor Ort wohl kaum von Nutzen ist.

Im Mittelpunkt steht die schöne bunte Welt der Grenzanlagen, perfide in der harmlos daherkommenden Gestaltung: Während auf der Ostseite der durch Maschendrahtzaunsymbolik transparent gewordenen Mauer das Schild „Grenzgebiet. Sperrzone. Betreten und Befahren nur mit Sondergenehmigung“ suggeriert, dass die Mauer ein „Schutzwall“ war – das zeigt sehr sinnbildlich auch eine Bronzeskulptur zweier Grenzposten (DDR 1964), ist sie auf der Westseite lebensgefährlich: hier steht ein unscheinbares kleines Kreuz mit wenigen Namen von Mauertoten als dezente Pars pro toto-Variante und die Warnung: „Halt! Staatsgrenze. Passieren verboten“ und „Achtung! Lebensgefahr“. Im Text werden 408 Mauertote erwähnt, woher diese Zahl kommt und was sie bedeutet, bleibt unklar: seriös ist das nicht.

Der erste Rundgang durch die neue Ausstellung zeigt: Das Baukastensystem der deutschen Geschichte im Untergeschoss, beginnend 1918 mit der Weimarer Republik, ist Flickwerk und setzt sich in erheblichen Teilen noch aus falschen Stücken zusammen; es ist von der Geschichte bereits eingeholt worden und sollte beizeiten neu gestaltet werden: Flicker allein wird da nicht helfen, es braucht ein neues Konzept und andere Exponate. Demokratie ist nicht nur Wahlergebnis und Konsum, sondern auch politische und kulturelle Entwicklung. Mag sein, dass Geschichte, je näher sie rückt, umso schwieriger zu verstehen ist. Den Ausstellungsmachern des DHM ist sie, wie die Flucht ins Banale beweist, offensichtlich entglitten.

Als Fazit lässt sich festhalten: Wir Deutschen – oder genauer gesagt die politischen und kulturellen Vordenker in Deutschland, verstehen unsere Geschichte im Moment selbst noch nicht. Das liegt vielleicht am Unverständnis für die Kultur der Gegenwart, ganz sicher aber auch an dem Beiseitedrängen von deutschem Erfindergeist und wissenschaftlichen Errungenschaften: Die Erfindung des Buchdrucks nur in einem Nebensatz zu erwähnen und dafür die Massenproduktion des kommunistischen Manifests zu zeigen, zeugt davon, dass die herausragende Bedeutung von Aufklärung und freiheitlichem Denken im Deutschen Historischen Museum nicht begriffen wurde. Das Land der Ideen liegt in Griffweite und ist doch noch so fern.

Nikoline Hansen

Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2,
10117 Berlin, Info-Telefon: +49-(0)30-20304-444,
Öffnungszeiten täglich 10.00–18.00 Uhr
Eintritt in die Häuser und alle Ausstellungen: 4,- €
<http://www.dhm.de/>

Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

„Nicht relativieren sondern konkretisieren“

Wissenschaftler, Zeitzegen der beiden deutschen Diktaturen und Vertreter von BWV-Bayern und ZDWV diskutieren in Tutzing zum Thema:

„Opfergeschichten – Opfergeschichte: Politische Verfolgung unter NS-Herrschaft und Stalinismus“

Am 5. und 6. Mai 2006 trafen unter der erfahrenen Leitung des Politikwissenschaftlers und Zeithistorikers, Akademiedozent Dr. Jürgen Weber, in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See verschiedene Generationen zusammen. Schüler, Lehrer, Wissenschaftler und Zeitzegen diskutierten gemeinsam die Frage von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Opfer beider Diktaturen – für manche „cool“, für andere ein Tabu, durch das übrigen gerade in den letzten beiden Jahrzehnten viel kultureller und politisch-psychologischer Schaden angerichtet wurde. Die Gegner solcher Begegnung, Gegenüberstellung und eventueller Zusammenführung sehen darin die Gefahr einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und des Holocaust.

Es beginnt mit einem systemtheoretischen Vergleich. Hier wird zunächst klargestellt: Die Dimensionen der NS-Verbrechen sind einzigartig. Von der DDR wurde kein Völkermord begangen und kein Krieg angezettelt, wozu diese allein auch gar nicht in der Lage war und außerdem eines Befehls aus Moskau bedurft hätte, wie es bei der von der SED ohnehin eifrig befürworteten Niederwerfung des Prager Frühlings 1968 der Fall war. Prof. Dr. Friedhelm Boll, Bonn geht ins Detail und hebt hervor, dass sich die SED-Diktatur im Unterschied zum Nationalsozialismus nicht auf eine Mehrheit der Bevölkerung stützen konnte. So wurde hier ein viel umfassenderes Bespitzelungssystem entwickelt als im NS-Staat. Die DDR kann also als „stärker durchherrsch“ bezeichnet werden.

Wie steht es nun mit den Diktaturerfahrungen? Im Laufe des Seminars wird dies deutlich werden, Opfer beider Seiten berichten als Zeitzegen. Da ist zum Beispiel der Ökonomie-Professor Jiri Kosta, Überlebender von Auschwitz und Protagonist des „Prager Frühlings“ von 1968. Als Jude muss er 23-jährig die unvorstellbaren Leiden der Todesfabrik ertragen. Später wird sein Vater Opfer des Sowjetregimes und in diesem Zusammenhang muss auch der Ökonomie-Professor Jiri Kosta wieder leiden, als dem mittlerweile hochrangigen Mitglied des Staates nahe gelegt wird, er möge als ewiger Akademiker doch mal „das Proletariat kennen lernen“. So wird er zum zweiten Mal Zwangsarbeiter, diesmal in einer Prager Werkzeugschmiede. Jiri Kosta kann aufgrund seiner eigenen Lebensgeschichte beide Diktaturen direkt vergleichen. Als Opfer beider Diktaturen wird er in der Forschung als sog. „Doppelopfer“ bezeichnet.

Lothar Otter stellt seine Lebensgeschichte dem Plenum am nächsten Tag vor. Wegen Veröffentlichung eines Flugblat-

tes zur freien Meinungsäußerung war er als Mitglied der sozialdemokratisch orientierten Jugendorganisation „Die Falken“ in Berlin zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, von 1949 bis 1955 war er Häftling in Bautzen.

Die Erfahrungen der NS Diktatur hinterlassen tiefere Wunden, hat Prof. Friedhelm Boll herausgefunden, die Erfahrungen von Auschwitz sind nur peripher erzählbar, es gibt kaum einen Zeitzegen der NS- Lager, der es fertig bringt, alles zu erzählen. Das entspricht dem berühmten Zitat von Primo Levi: „Die wirklichen Zeugen sind die Untergegangenen.“

Dennoch liegt uns zu den Verbrechen der Nationalsozialisten mehr als ausreichend Material vor, die Geschichte der Opfer des kommunistischen Regimes dagegen ist in dieser Ausführlichkeit noch nicht erforscht. Viele Täter leben noch, so wird auch vieles verschwiegen. Heutzutage darf es sogar geschehen, dass ehemalige DDR-Verbrecher ihre Opfer öffentlich verhöhnern, wie es jüngst in Berlin-Hohenschönhausen der Fall war. Leider sind auch Opferberichte und die Anerkennung des Leidens von bestimmten „Konjunkturen“ bzw. Machtverhältnissen abhängig, so waren Sowjet-Opfer in den 50ern im Westen relativ bekannt, wogegen NS-Widerständler zunächst wenig Möglichkeiten sahen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Zeitlich verschoben, aber ähnlich verhält es sich heute mit den Opfern der SED-Diktatur. Ihre Nichtanerkennung führt in den meisten Fällen zu einer zweiten Traumatisierung der Opfer.

Zwei zeitgeschichtliche Bereiche wurden in der Tagung hervorgehoben: die Opfergruppe der Zeugen Jehovas (Vortrag von Dr. Hans-Hermann Dirksen) und die Geschichte von Juden, welche im Untergrund, versteckt von nichtjüdischen „Heldinnen und Helden“, der Vernichtung entkamen (Vortrag von Dr. Beate Kosmala).

Den Zeugen Jehovas wird in beiden Regimes „Staatsfeindlichkeit“ vorgeworfen (erst als „Kommunisten“, dann als „Imperialisten“), deckungsgleich die Formulierung „unter dem Deckmantel der Religion“ gegen den Staat zu agieren. Unter Stalin werden Zeugen Jehovas aus Moldavien nach Sibirien in Zwangsarbeitslager verschleppt. In beiden Diktaturen waren die Zeugen Jehovas schwerer Verfolgung ausgesetzt, in beiden Diktaturen war der absolute Mensch gefordert, Abweichungen von diesem Pseudoideal wurden nicht geduldet und schwer bestraft. Die Frage der Vergleichbarkeit von Opfern stellt sich für Dirksen nicht. In vielen Fällen liegt sie nämlich auf der Hand, vor allem im Falle der Zeugen Jehovas, die wegen ihrer religiösen Gesinnung in beiden Regimes verfolgt wurden. Es muss auch gesagt wer-

den, dass es Fälle gibt, wo DDR-Haft als schlimmer empfunden wurde, als die Haft im KZ. Dies mögen nur Einzelfälle sein und das heißt sicherlich nicht, dass KZ generell „weniger schlimm“ war, als die Haft in einem DDR-Gefängnis. Sicher ist aber, dass in etlichen Fällen die DDR geschafft hat, was die Nationalsozialisten nicht vermochten: viele der Doppelverfolgten überleben die zweite Haft nicht.

Aber nicht nur die Opfer müssen um öffentliche Anerkennung ringen. Dr. Beate Kosmala referiert über die „Stillen Helden“ unter dem NS-Regime und ihre gesellschaftliche Stellung nach dem Krieg. Das Wort Zivilcourage reicht wohl für Menschen, die Juden während des „Dritten Reichs“ halfen, nicht aus. Auch wenn auf das Verstecken von Juden, das unter die sog. „Judenbegünstigung“ fiel, nicht automatisch der Todesstrafe ausgesetzt war, so konnte es doch Haft in einem Konzentrationslager bedeuten. Es handelt sich hierbei also um Extremfälle des zivilen Mutes, deren quantitative Überbetonung mancher Deutscher die wahre Masse an Mitläufern und Verbrechern des Regimes beiseite drängen kann. Auch die „Stillen Helden“, wie die Referentin die Helfer nennt, sind nach dem Krieg mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Sie erfahren nach Kriegsende eine Abneigung, die nicht selten aus den Schuldgefühlen der Deutschen entsprungen war. Für die Ehrung der „Stillen Helden“ setzt sich Dr. Kosmala in Form der Einrichtung einer Dauerausstellung in der Berliner Rosenthalstrasse ein.

Ein Plädoyer für die mit vielfältigen Kräften ausgestattete Demokratie liefert das sprichwörtliche Rednertalent Dr. h.c. Joachim Gauck, heute Chef der einst von Hans-Jochen Vogel ins Leben gerufenen Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“. Er spricht sich für die aufgeklärte Totalitarismustheorie aus. Nach dieser sind die Diktaturen vergleichbar, da sie grundsätzlich gleicher Art sind und aus dem überwiegend gleichen Arsenal antidemokratischer, antiliberaler Klischees schöpfen. Nach einer langjährigen Erfahrungsgeschichte mit Tätern und Opfern ist für ihn klar: Diktaturen funktionieren mit einer überzeugten Minimalloyalität. Der Rest der Bürger (falls dieser Begriff hier überhaupt passt) fügt sich aus Karrieregründen und Bequemlichkeit ein in das „Scheißsystem“ (Zitat eines Mitläufers). Deshalb ist es notwendig, Folgen von Diktaturen zu erkennen und zu bearbeiten. Diktaturen bringen viele Verluste mit sich, Verluste mentaler Art, Verluste im kulturellen und religiösen Leben, Verluste regionaler Identität. Die allmächtige Ideo-

logie ist ein Mittel der Flucht in eine vermeintlich bessere Welt. Natürlich, so Gauck, erscheine die Ideologie des Marxismus als die „Bessere“, aber macht dies das Quälen der Opfer besser oder schlechter? Gauck stützt sich hier unter anderem auf Hannah Arendt: Totalitarismus zerstört das Politische. Die Sorge um die Sicherheit der Unangreifbarkeit des Holocaust ist oft mit einer Blindheit für das Leiden anderer Opfer verbunden, Gauck spricht von einer „partiellen Blindheit“. Der Holocaust-Überlebende Ralph Giordano nennt dieses Phänomen „Die Internationale der Einäugigen.“

All diese Zitate machen die wissenschaftliche Vergleichbarkeit der Opfergeschichten plausibel. Im Referat von Dr. Annette Leo, Berlin wird nochmals deutlich, wie wichtig es ist, bei jeglichen Formen des Gedenkens zu differenzieren. So gibt es nicht nur in der Erinnerungskultur Unterschiede. So setzt die Sowjetideologie auf die Ehrung der Massen(-gräber), im Westen wird der Einzelne hervorgehoben. Auf eine andere Art treffen sich, wie im Falle Sachsenhausens, das sozusagen eine „Doppelgedenkstätte“ ist, die Gedenkphasen. Ab 1948 war das ehemalige KZ ein „Speziallager“, in dem keineswegs nur ehemalige NS-Täter, sondern auch politisch missliebige Demokraten und willkürlich Verhaftete untergebracht waren. Die Gedenksteine und Tafeln, die an dieses Speziallager erinnern, differenzieren nicht eindeutig, und ein „Gedenken an alle Opfer“ ist sicherlich unzureichend. Dieser Fall macht es deutlich: Auf die Wissenschaftlichkeit der Berichte kommt es an und auf die Differenziertheit ihrer Darstellung. Jede Opfergruppe hat es verdient, separat genannt und geehrt zu werden, eine Klassifizierung der Opfer in „bessere“ und „schlechtere“ ist pietätlos und verwerflich. Diese Differenzierung von Opfern und Haft wurde im Westen in den Nachkriegsjahren vernachlässigt und vom SED-Regime systematisch falsch dargestellt. Opferberichte dürfen nicht vom Zeitgeist abhängig gemacht werden, nicht politisch missbraucht werden, auch wenn sie das Gewissen so mancher Bürger stören und bisweilen Schuldgefühle wecken und wissenschaftliche Diskussionen verunsichern.

Nicht die Frage einer differenzierten Gegenüberstellung von Opfergeschichten beider Regime, sondern die erneute Demütigung der Opfer durch eben genannte gesellschaftspolitische Vorgänge ist die eigentliche Ungerechtigkeit.

Eva Winkelmeier

Ein Leben für Freiheit und Recht: Hans Taschner

Dem ältesten Mitglied des BWV-Bayern zum 95. Geburtstag

Von Ernst Raim

Geprägt wurde Hans Taschner vom ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), was ihm auf der Verfolgungsliste der Nazis einen vorderen Platz einbrachte. Die Machteroberung der Nazis erlitt er als hauptamtlicher Funktionär der Arbeiterwohlfahrt in der Münchner Pestalozzistraße, seinerzeit eine Untergliederung der SPD.

1934 hatte er zunächst Glück: In seinem erlernten Beruf konnte Hans Taschner eine gute Anstellung bei verständnisvollen Mitarbeitern finden, er blieb jedoch wegen seiner illegalen Tätigkeit weiterhin gefährdet. Das Auftauchen von Flugblättern über Dachau veranlasste die Gestapo, unter den bekannten Gegnern des Nationalsozialismus aufzuräumen. Hans Taschner war unter den Verhafteten. Er durchlief im Sommer und Herbst 1935 mehrere Münchner Haftstätten.

Psychisch besonders belastend war das akustische Miterleben der Hinrichtungen in Stadelheim. Am 20. Dezember 1935 wurde er ins KZ Dachau eingeliefert. Die Demütigungen und Drangsalierungen sind bis heute ins Gedächtnis eingebrannt. Hans Taschner erlebte aber ebenso die Solidarität vieler Mithäftlinge. Einer von ihnen verhalf ihm zu einer Stellung als Lagerläufer und -schreiber, was ihm zu vielen bedeutsamen Kontakten verhalf. Ein anderer denunzierte Hans Taschner mit mehreren seiner Kameraden, sie würden eine Meuterei planen, was ihm wieder eine Verschärfung der Haftbedingungen einbrachte. Am 20.4.1939 (Hitlers Geburtstag) wurden mehrere hundert Häftlinge freigelassen, auch Hans Taschner. Ständig befürchtete er eine erneute Verhaftung. So nahm ihm seine Einberufung zur Wehrmacht am 1. Dezember 1939 den auf ihm lastenden Druck. Bei Kriegsende geriet er in amerikanische Gefangenschaft, aus der er bald entlassen wurde.

An seinem früheren Arbeitsplatz, einer Krawattenfabrik, wurde Hans Taschner von den Amerikanern als Treuhänder eingesetzt. Er blieb in gutem Einvernehmen mit den Eigentümern auch danach, vertrat das Unternehmen beim Arbeitgeberverband der bayerischen Bekleidungsindustrie, deren Schatzmeister er viele Jahre war.

Im Jahre 1954 wurde Hans Taschner – neben Georg Bach und Clara Huber – zum Landesvorsitzenden des Landesrats für Freiheit und Recht, einer Vorläuferorganisation des BWV-Bayern, gewählt und blieb es bis 1991, als er auf eine Wiederwahl verzichtete. Einstimmig wurde er zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Täglich besucht Hans Taschner am Nachmittag seine in einem Pflegeheim untergebrachte Ehefrau, unterstützt von seinem Sohn. In erfreulich guter geistiger und körperlicher Verfassung beging Hans Taschner am 5. Juni seinen 95. Geburtstag. Unsere herzlichen Glückwünsche gingen nach Schlagenhofen, Gemeinde Inning im Landkreis Starnberg, wo der gebürtige Münchner schon seit Jahrzehnten lebt.

Der Autor: Dr. Ernst Raim ist einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. und Beisitzer im Vorstand des ZDWW (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen). Er war schon im Vorgängerverband des BWV-Bayern, dem „Landesrat für Freiheit und Recht“, aktiv.

Neuerscheinungen

Eckhard Jesse (Hg.)

Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz.

Berlin 2006

Bürgerrechtler gegen SED-PDS

Das Buch besticht vor allem dadurch, dass viele politisch sehr unterschiedliche Menschen als Zeitzeugen der Jahre 1989/90 zu Wort kommen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zu dieser Zeit in Sachsen lebten, dass sie den Zusammenbruch des SED- Staates beförderten und dass sie SED und PDS auch heute ablehnend gegenüberstehen. In ihren Ansichten über den Weg zur Freiheit und vor allem über die Perspektiven, die zu diskutieren waren, unterschieden sich die ausgewählten Bürgerrechtler. Von „wir wollten keine andere DDR, sondern eine freiheitliche Gesellschaft“ (Rößler) über „die DDR ist nicht zu reformieren, nur zu revolutionieren“ (Böttger) bis zur Propagierung eines „Dritten Weges“ (Weigel) reichte damals das Meinungsspektrum innerhalb dieser Gegner der SED. Die eine war von der „Grundidee des Sozialismus“ überzeugt (Müller), der andere (Beyer) wollte nicht nur die Diktatur beseitigt, sondern auch die DDR als Staat und damit die Teilung Deutschlands aufgehoben haben. Ein anderer wiederum (Wagner) meinte, die Ablehnung der DDR mit der Muttermilch aufgesogen zu haben. Viele der Bürgerrechtler wählten bewusst oder un-

bewusst den Weg der „inneren Emigration“, manchen galt Opposition gegen den Kommunismus als ehrenvoll (Vaatz), jedoch aussichtslos. Das Ausrollen des roten Teppichs für Honecker bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik erschien somit einigen (Schwabe) als schlimmes Ereignis, als Ende aller Hoffnungen. Doch nachdem die außenpolitischen Stützpfeiler wegbrachen (Herausgeber Jesse in der Einleitung) und das DDR- System in sich zusammenbrach, gab es neue Hoffnung, vor allem in Kreisen der Bürgerrechtler. Im Buch wird die Unterschiedlichkeit der Vorstellungen über die künftige Entwicklung deutlich sichtbar. Wechsel einiger Bürgerrechtler zwischen den Parteien sind dafür ein Zeugnis. Viele der Bürgerrechtler brachten sich mit großem Mut und Enthusiasmus in den revolutionären Prozess ein, die meisten zogen sich später in den eher unpolitischen Raum zurück. Nur wenige füllten nach dem Ende der DDR ein staatliches Amt aus. Zu diesen wenigen gehören Matthias Rösler und Herbert Wagner. Einige der Bürgerrechtler waren in politischen Parteien beruflich aktiv, wie z.B. Arnold Vaatz oder Werner Schulz. Wieder andere (Martin Böttger, Uwe Schwabe) arbeiten in staatlichen Institutionen und staatlich unterstützten Initiativen, die sich thematisch mit der DDR beschäftigen. Und wiederum andere waren vor 1990 Pfarrer und sind es auch heute, wie z.B. der bekannte Christian Führer aus Leipzig.

In dem Buch werden Beispiele nicht ausschließlich oppositionellen Verhaltens beschrieben, sondern es werden auch Fälle des direkten Widerstandes gegen das SED- Regime ins Bild gesetzt. Dazu zählt die Bausoldatenbewegung (waffenloser Dienst in der Armee). Ein Vorgang des MfS gegen Martin Böttger hieß vielsagend OV „Spaten“. Viele Spitzel

des MfS wurden in diesem Vorgang aktiv. Am Beispiel Böttgers, für den die Bausoldatenzeit eine Schule für die Opposition war, wird im Buch Widerstandsgeschichte dokumentiert. Wer Beispiele für gewaltlosen Widerstand inmitten der offiziellen Massendemonstration oder im Wahllokal lesen will, - bei Böttger wird er fündig. Pfarrer Eggert reizte in seinen Predigten die anwesenden Aufpasser der Stasi. Gunda Röstel wurde aus politischen Gründen aus dem Schuldienst entlassen. Uwe Schwabe berichtet über Flugblätter gegen die SED, die in Leipzig unter das Volk gebracht wurden. Viele dieser interessanten und bemerkenswerten Beispiele erinnern an die Zeit vorher, zum Beispiel Flugblätter in Leipzig. Am 13. August 1974, gleichsam zum Jahrestag des Mauerbaus, sollten über 1000 Flugblätter in Leipzig „herabregnen“ (nach Möglichkeit vom Uni-Hochhaus wegen der historischen Assoziation). Es kam wegen einer Motorradpanne nicht zur Übergabe der Flugblätter an den Leipziger Musiker, der die Aktion vor Ort leiten sollte. Die SED scheint davon nichts bemerkt zu haben, sonst hätte sie ähnlich hysterisch reagiert wie bei den Bach- Festspielen, als gegen den Abriß der Leipziger Uni-Kirche protestiert wurde. Die Sachsen erschienen der DDR-Staatspartei ohnehin immer als renitentes Völkchen. Wenn man das Buch über die sächsischen Bürgerrechtler gelesen hat, fiel es schwer, der SED im Nachhinein da zu widersprechen. Die Rolle speziell der Sachsen und der Thüringer beim Zusammenbruch des SED-Staates (man denke an Plauen, an Jena, an Dresden) scheint gewissermaßen eine Vorreiterrolle gewesen zu sein. Die ersten bezirklichen MfS-Hochburgen wurden in Thüringen und Sachsen „gestürmt“, der massenhafte Ruf nach der Einheit Deutschlands war zuerst im Süden der DDR zu hören. Die Hinwendung zum Westen schien dort besonders ausgeprägt gewesen zu sein.

Die Zeitzeugnisse der Bürgerrechtler enthalten eine Gegenüberstellung von damaliger Position (also bis 1989) und heutiger. Nicht zuletzt auch deshalb gehört dieses Buch, das noch dazu kurzweilig geschrieben ist, in die Bibliothek eines jeden an deutscher und europäischer Zeitgeschichte Interessierten.

Bernd Lippmann, Berlin

Harald Hauswald/Lutz Rathenow

Ost-Berlin

Leben vor dem Mauerfall

Life before the Wall fell

Neuaufgabe 2005, Jaron Verlag Berlin, 128 S., 12,- €

Vom Kultbuch zum Dauerbrenner?

Warum wird hier die neue Auflage eines alten Buches besprochen? Es gibt dafür zwei Gründe. Den einen nennt „Die Welt“ bereits 1987 nach dem Erscheinen der ersten Auflage: es ist „ein Berlin-Buch, dass die Chance hat, auch in 50 Jahren noch wichtig zu sein“. Der andere Grund: es erschien erstmalig zu einer Zeit, da es für viele – auf der einen Seite der Mauer – nicht zugänglich war und für etliche – auf der anderen Seite – nicht interessant genug schien, um sich damit abzugeben.

„Ost-Berlin“ ist kein Bildband im herkömmlichen Sinne, mit Fotos und Untertiteln. Text und Bilder könnten auch je-

weils eigenständig existieren, ohne sich gegenseitig erklären zu müssen. Sie gehen aber hier eine Symbiose ein, die einen ganz eigenen Wert hervorbringt.

Hauswalds Fotos stammen allesamt aus den 80er Jahren, wenngleich auch manche anmuten, als seien sie zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in den frühen 30ern aufgenommen. Sie bilden DDR-Realität ab. Sie zeugen nicht von „sozialistischen Errungenschaften“, sondern vom tristen Alltag, von bröckelnden Fassaden, öden Hinterhöfen und von schlichten Vergnügungen einfacher Leute, aber auch vom zunehmenden oppositionellen Selbstvertrauen der Jugend. Wir sehen Schnappschüsse von illegalen wie staatlichen Veranstaltungen mit mehr oder minder begeisterten Teilnehmern, sehnsüchtige Blicke in Richtung Brandenburger Tor oder auch nach innen gerichtet.

Zu Hauswalds Fotos, von denen jedes einzelne eine ganze Geschichte zu erzählen scheint, gesellt sich wie selbstverständlich der fortlaufend geschriebene Text von Rathenow, der alltägliche Geschichten eindringlich, unkompliziert, aber filigran aneinanderreihet, von Begegnungen auf der Straße, von der Prenzelberger Szene, Theateraufführungen in Kirchen und allgegenwärtiger Bespitzelung, von bettelnden Kindern im Intershop, abbrechenden Balkonen, vom Alkoholismus. Nicht zuletzt freilich von Aufbruchstimmung oder dem Versuch, aus dem Wenigen an Freiheit das Maximale an Leben herauszuholen. Assoziationen, die beim Leser wiederum Erinnerungen und Bilder hervorrufen. Der zweispaltig gesetzte Text bietet neben Rathenows Original eine einfühlsame englische Übersetzung von Paul Bowman an.

Lutz Rathenow war als Autor bereits in der DDR verboten, als er gemeinsam mit dem Fotografen Harald Hauswald, der mangels beruflicher Perspektive als Telegrammbote jobbte, die Arbeit an dem Buchprojekt aufnahm. Natürlich musste alles im Geheimen ablaufen, das Skript in den Westen geschmuggelt werden. So ist schon die Entstehungsgeschichte des Bildbandes selbst ein kleines Stück Widerstandsgeschichte. Die damalige Erstveröffentlichung im Münchner Piper-Verlag löste deutsch-deutsche diplomatische Verwicklungen aus, sie wurde von der DDR-Spitze als unfreundlicher Akt gegen das Kulturabkommen gewertet und das Buch wurde auf der Leipziger Buchmesse am Verlagsstand beschlagnahmt.

„Ost-Berlin“ – allein schon der Titel war eine Provokation, denn im amtlichen DDR-Sprachgebrauch hieß es „Berlin-Hauptstadt der DDR“. Der Inhalt streute genug Salz in die Wunden des Realsozialismus, um das Buch auf den Index zu setzen. Wie so viele andere verbotene Bücher mit ähnlichem Schicksal wurde es dennoch – oder gerade deshalb – zu einem Kult-Buch der 80er Jahre und scheint heute auf dem Weg zu einem Dauerbrenner unter den Beschreibungen der DDR-Alltagskultur zu sein.

Barbara Szkibik

Ein ergänzender Hinweis: Im Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen findet unter dem Titel „VEB Nachwuchs. Jugend in der DDR“ vom 21. August bis 21. Oktober 2006 eine Fotoausstellung von Harald Hauswald statt.

Jens Blecher und Gerald Wiemers

Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945–1955

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2005, 333 S., 22,- €

Nach Nazi-KZ und kommunistischer Haft kam für Horst Leißbring der Tod

In einem bewegenden Geleitwort zum Buch schreibt der frühere Außenminister Genscher, nach 1945 sei in der SEZ eine Generation mit großen Idealen von Freiheit und Demokratie an die wieder geöffneten Universitäten gekommen.

Der Versuch der Besatzungsmacht und der SED, sie unter kommunistische Kontrolle zu bringen, stieß auf den Widerstand vieler freiheitlicher Studenten. „Sie haben ein wichtiges Kapitel deutscher Freiheitsgeschichte geschrieben“, resümiert Genscher.

Viele indes haben ihre politische Haltung mit einem sehr hohen Preis bezahlen müssen. Das Buch sieht sich in der moralischen Pflicht, an dieses Schicksals zu erinnern. Allein an der Universität Leipzig wurden von 1946 bis 1955 immerhin 15 Studenten zum Tode verurteilt oder verstarben während ihrer langen Zuchthausstrafen bzw. in der Hölle des sibirischen Wolkuta. Weitere 102 wurden verhaftet, zumeist wegen illegalen Widerständen. Dabei erfährt der Leser von verschiedenen Seiten über die Gruppe um Herbert Belter, der 1951 in Moskau hingerichtet wurde – erst nach 43 Jahren erhielten die Angehörigen endgültig Gewissheit! Von dem einzig Überlebenden wird erstmals über die Widerstandsarbeit eines anderen, sehr aktiven Kreises berichtet, deren zwei weitere Angehörige zu je 25 Jahren verurteilt wurden.

Ihr Mitglied Ingolf Klein wurde 1954 in Bautzen von Stiefeln des Bewachungspersonals absichtlich zu Tode getreten (s. auch FREIHEIT UND RECHT, April 2006/3, S. 10). Der Anführer Horst Leißbring, der wegen eines Widerstandes gegen die NS-Diktatur bereits vor 1945 sechs Jahre im KZ war, beging 1955 infolge Depressionen Selbstmord. „Was hat er von seinem Leben gehabt?“, fragt das Buch. „Es war stets ‚nur‘ ein Kampf gegen eine Diktatur und für ein besseres, ein freiheitliches Deutschland“.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Arnd Bauerkämper

Der Faschismus in Europa 1918–1945

Stuttgart 2006 (Reclam-Verlag), 211 S., 5,40 €

Grundzüge, Entwicklung und Struktur faschistischer Bewegungen und Regime darstellen und vergleichen will der Berliner Historiker Arnd Bauerkämper in seinem Buch „Der Faschismus in Europa 1918–1945“. Es versteht sich als knapper Überblick, konzentriert auf den europäischen Raum der Zwischenkriegszeit. Nach einer Beschreibung der Kontroversen und Interpretationen zum Faschismus geht der Autor

ausführlich auf den italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus ein und widmet sich in kürzeren Beschreibungen derartigen Bewegungen in anderen europäischen Ländern. Dabei reiht er keineswegs nur historische Fakten aneinander, sondern portraitiert die politischen Organisationen über ein fünfteiliges Untersuchungsrastrer: Genese, Ideologie, Organisationsstruktur, Mitglieder und Wähler und politischen Stil. Diesem Schwerpunkt des Buchs folgt ein Kapitel zur länderübergreifenden Kooperation faschistischer Gruppierungen und eine bilanzierende Schlussbetrachtung.

Bauerkämper reduziert den Erwartungsdruck für sein Buch bereits im Vorwort, beanspruche er doch keine Gesamtdarstellung, sondern nur einen komprimierten Überblick vorzulegen. Dieser ist dem Autor durchaus gelungen. Zum einen enthält das Buch die wichtigsten Informationen zum Thema, zum anderen weist es durch die Kritiken und Vergleiche auch analytische Qualitäten auf. Sie hätten sicherlich neben den mehr beschreibenden Ausführungen einen größeren Textanteil haben können. Auch vermisst man häufig ausführliche Belege und Literaturhinweise zu den einzelnen Themen, insbesondere im Kapitel zu den europaweiten Kooperationen. Als Überblicksdarstellung mit analytischer Note verdient Bauerkämpers Arbeit gleichwohl Aufmerksamkeit und Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

John Dickie

Cosa Nostra

Die Geschichte der Mafia.

Aus dem Englischen von Sebastian Vogel, Frankfurt/M. 2006 (S. Fischer-Verlag), 558 S.

Mitunter wirkt die Realität bedrohlicher als die Fiktion. Dies gilt zumindest für die Mafia, deren Bild durch Filme und Romane mit Klischees und Legenden behaftet ist. Der britische Historiker und Journalist John Dickie legt nun mit „Cosa Nostra. Die Geschichte der Mafia“ eine voluminöse Darstellung zur Entwicklung dieser kriminellen Vereinigung vor. Dafür wertete er neben der einschlägigen Fachliteratur auch zahlreiche Archivmaterialien aus. Neue und überraschende Erkenntnisse liefert Dickie allerdings nicht. Gleichwohl handelt es sich um eine anregende und spannende Darstellung, ohne dramatisierenden und reißerischen Tonfall. Historisch-chronologisch beschreibt der Autor den Aufstieg und Machtgewinn der Mafia, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine entwickelte kriminelle Vereinigung mit engen politischen Verflechtungen und internationaler Reichweite gewesen sei. Besondere Aufmerksamkeit verdient Dickies Darstellung immer dann, wenn er die Rolle der Mafia als „integralen Bestandteil des italienischen Regierungssystems“ thematisiert. Genau darin besteht deren besondere Bedrohung im Unterschied zu anderen kriminellen Organisationen.

Den wenigen mutigen Politikern, Richtern und Staatsanwälten, die entschieden gegen die Mafia vorgingen, setzt Dickie ein literarisches Denkmal. Dies gilt insbesondere für Paolo Borsellino und Giovanni Falcone. Sie fügten Ende der 1980er Jahre der Mafia die härtesten Schläge zu und wurden 1992 auf brutale Weise umgebracht. Dank ihres Wir-

kens erweiterte sich das Wissen über Arbeitsweise und Struktur der Mafia, das erst eine so detaillierte Arbeit wie die von Dicke möglich machte. Sie ist stark beschreibend angelegt, orientiert sich meist an einzelnen Personen. Dies erleichtert die – allein durch das Thema schon überaus spannende – Lektüre. Analytische Aspekte gehen dabei leider in der Informationsfülle unter. Auch thematisiert der Autor nicht näher den Wandel der Aktivitäten in der Gegenwart hin zu schein-legalen Geschäften. Die Verbindungen zum Umfeld von Berlusconi fallen darüber hinaus etwas hinter den Kenntnisstand zurück. Diese Anmerkungen können und wollen aber weder Qualität noch Verdienst der Arbeit schmälern.

Armin Pfahl-Traugher

Klaus-Dieter Baumgarten, Peter Freitag (Hrsg.):

Die Grenzen der DDR

Edition Ost, Berlin 2005, 447 Seiten,
broschiert, 16,90 €

„Die Mörder sind unter uns“

Die innerdeutsche Grenze, wie sie über vierzig Jahre bestand: eine leicht stilisierte romantische Herbstlandschaft. Keine Spur von Stacheldraht, Minenfeldern und Selbstschussanlagen. Wahrlich eine Idylle. Das suggeriert jedenfalls die Einbandgestaltung der broschiierten Ausgabe, kreiert von einer Peperoni Werbeagentur aus Berlin. Schon die Aufmachung des Werkes entbehrt also nicht einer gewissen Würze.

Man kann Vorbehalte anmelden, wenn sich ehemalige DDR-Grenztruppenoffiziere auf fast 500 Seiten über „Geschichte, Fakten und Hintergründe“ der deutsch-deutschen Grenze verbreiten. Schon der Einbandtext stellt die ohnehin von DDR-Nostalgie-Wellen und einschlägigen Geschichts-ideologen arg strapazierte Leidensfähigkeit von DDR-Geschädigten auf eine harte Probe. Die Grenze – und damit ist offensichtlich deren Ausstattung gemeint – sei, weil Trennlinie zwischen zwei Paktsystemen, keine Angelegenheit der DDR gewesen. Zwar wurde geschossen, was es leicht mache, jene, die dort über ihre Unverletzlichkeit wachten, „zu kriminalisieren“. Überhaupt seien über die Grenze Lügen und Legenden im Umlauf. Soviel vorweg: Die Arbeitsgemeinschaft 13. August des Museums Haus am Checkpoint Charlie in Berlin geht derzeit (letzter Stand vom August 2005) von insgesamt 1.135 Toten aus, die dem DDR-Grenzregime direkt und indirekt zum Opfer fielen.

Die Herausgeber Klaus-Dieter Baumgarten und Peter Freitag sind angetreten, das Publikum endlich mit der Wahrheit über dieses deutsch-deutsche Kapitel zu konfrontieren. Ihre Wahrheit zeichnet sich durch eine Geschlossenheit aus, die zuweilen frappierend ist. Das Autorenkollektiv argumentiert quasi DDR-systemimmanent – unfähig, sich objektiv und distanziert mit der Materie auseinanderzusetzen. Teilweise nimmt das Elaborat schizophrene Züge an. Etwa dann, wenn behauptet wird, dass es humanistisches Anliegen der DDR war, „das Leben als höchstes Gut zu achten sowie menschliches Leid zu vermeiden“, und im gleichen Atemzug versichert wird, dass man tiefe Betroffenheit und Mitgefühl gegenüber Verwandten jener Personen empfinde,

die beim Versuch eines illegalen Grenzübertritts Schaden an Leib und Gesundheit erlitten. Dass diese Verwandten oft erst nach 1990 von den Umständen der Ermordung ihrer Kinder, Geschwister oder Eltern erfuhren und viele nicht einmal ein Grab aufsuchen konnten, wird geflissentlich verschwiegen.

Die Autoren versuchen stets, die geopolitischen Auseinandersetzungen in der Zeit des „Kalten Krieges“ in den Vordergrund zu rücken. Dieser wird nicht nur argumentativ als Entschuldigung für das menschenverachtende Grenzsystem herangezogen, sondern auch noch ideologisch mit marxistisch-leninistischer Terminologie aufgeladen: Schließlich stehe über allem die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Semantisch erzeugt das eine Schiefelage. Tatsache ist, dass mit Beginn der Sowjetherrschaft ein totalitäres System den offenen westlichen Gesellschaften gegenüberstand. Und nicht zu vergessen: Das kommunistische System war von Anfang an mit einem weltrevolutionären Anspruch angetreten. Ausgehend davon stand die DDR und ihr Grenzsystem historisch betrachtet zweifellos auf der falschen Seite, ebenso wie Minen, Panzersperren und Selbstschussanlagen auf der falschen Seite angebracht waren, nämlich „freundwärts“, wie es in der Grenztruppenterminologie heißt.

Wenn Generalmajor a.D. Hans-Werner Deim sich über den 17. Juni auslässt, erfährt der erstaunte Leser, dass es sich um einen „Anschlag auf die gesellschaftlichen Errungenschaften“ handelte. Die Zehntausende Toten des NKWD-Terrors („Speziallager“) sowie die Opfer der stalinistischen Zwangskollektivierungen kann er kaum damit meinen. Und an Zynismus nicht zu überbieten ist die Behauptung, dass nach dem 17. Juni fast 2.500 Verhaftete „ordnungsgemäß“ verurteilt wurden. Zu den sicherheitspolitischen Maßnahmen gegen weitere imperialistische Provokationen gehörte natürlich auch die Gestaltung eines „wirksamen Grenzregimes“.

Wenn Oberst a.D. Joachim Schunke die „Maßnahmen am 13. August 1961 zur Sicherung der Grenze“ – die endgültige Bankrotterklärung des Systems – thematisiert, so glaubt man sich in die Lektüre des SED-Blattes Neuen Deutschland jener Zeit versetzt: Selbstredend stand ein Nato-Militärschlag unmittelbar bevor. Aufschlussreich sind allerdings die Passagen, in denen geschildert wird, wie Ulbricht und Chruschtschow kaltschnäuzig das Risiko von Gegenmaßnahmen des Westens – sprich Krieg – in Kauf nehmen. Wie sicher Chruschtschow, der mit dem Mauerbau dem Drängen Ulbrichts nachgegeben hatte, sein konnte, dass die Westmächte wegen Berlin keinen Krieg riskieren würden, sei dahingestellt. Der Erhalt des Sowjet-Imperiums hatte absolute Priorität und die „systematisch vom Westen geförderte Republikflucht“ stand dem entgegen.

Und keineswegs entspreche es den Tatsachen, dass die erdrückende Mehrheit der DDR-Bevölkerung ihren Staat abgelehnt und nur unter dem Druck sowjetischer Panzer in diesem Unrechtsstaat gelebt hätte. Selbst während einer Belastungssituation, wie der 13. August sie darstellt, habe sich die Mehrheit ihrem Staat gegenüber loyal verhalten. Wie ein Aufbegehren nach dem 17. Juni 1953, dessen Niederschlagung dem Widerstandsgeist der Ostdeutschen gewaltsam das Rückgrat gebrochen hatte, hätte aussehen sollen, bleibt allerdings Schunkes Geheimnis. Schließlich sollte es Jahrzehnte dauern, bis eine neue Generation und veränderte weltpolitische Konstellationen einen aufrechten Gang und das Abschütteln der Diktatur ermöglichten.

Generaloberst a.D. Baumgarten persönlich vertieft die Problematik des Schießbefehls, über den in den Mauerschützenprozessen ausgiebig gestritten wurde. Ausgehend von der Erfahrung des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, die in ihrer westwärtigen Grenzsicherung ungenügend darauf vorbereitet gewesen sei, versucht Baumgarten die Minenfelder an der innerdeutschen Grenze zu legitimieren. Abgesehen davon, dass die Sowjets – wie vielfach belegt – Angriffsstellungen und keine Verteidigungsstellungen ausgebaut hatten: Hier werden eindeutig militärstrategische und politische Konstellationen der Jahre 1941 und 1961 unzulässig analog betrachtet. In aller Breite geht er auf schießwütige US-Soldaten und BGS-Beamte ein. Die Vergatterung der DDR-Grenzsoldaten zur Vernichtung von Grenzverletzern beziehe sich auf eine militärische Kategorie. So bedeute die Vernichtung nicht, dass diese getötet werden sollten. Es ging nur darum, Grenzverletzer handlungsunfähig zu machen. Das lässt die Frage offen, warum zumeist unbewaffnete Flüchtlinge, die keinen anderen Ausweg mehr sahen, als ihr Leben zu riskieren, von schwerbewaffneten Grenzern erschossen wurden. Die Mauerschützenprozesse brachten es zutage: Im wahrsten Sinn des Wortes bis zur Bewusstlosigkeit ist ihnen eingehämmert worden, was für furchtbare Verbrecher vor den Mündungen ihrer Kalaschnikows auftauchen würden. Trotzdem entspricht es übrigens nicht den Tatsachen, dass sie den Mauerstaat unfreiwillig bewachten. Wer erklärte, er würde nicht auf Flüchtlinge schießen, musste den Job nicht machen. In der Regel pasierte ihm auch nichts.

Der Fall Michael Gartenschläger ist Baumgarten fünf Zeilen wert. Gartenschläger hatte 1976 die grausamsten Installationen an der Grenze – die SM-70-Splitterminen – vor der Weltöffentlichkeit als Dum-dum-Geschosse entlarvt, war nach zweifach gelungenem Abbau von einer Killertruppe der Stasi in einen Hinterhalt gelockt und – nachdem er angeblich das Feuer eröffnet hatte – kaltblütig erschossen worden. Tatortspuren wurden verwischt und das MfS verbreitete die Legende vom bewaffneten Angriff auf die Grenzsicherungskräfte der DDR.

Hier hatten höchste Stellen des MfS und der Grenztruppen ihre Finger im Spiel. Wie die meisten konkreten Todesfälle findet auch der Fall Willi Bock keine Erwähnung. 1966 wird der junge Mann bei einem Fluchtversuch in Staaken gestellt, bekommt Sperrfeuer und verfängt sich hoffnungslos im Stacheldraht. Regimentskommandeur Bandemer eilt herbei, verfehlt ihn mit seiner Pistole, lässt sich eine Kalaschnikow reichen und feuert auf den in zwanzig Meter Entfernung am Boden liegenden jungen Mann. Nach dem kaltblütigen Mord soll er geäußert haben: „Da muss erst der Kommandeur kommen und zeigen, wie’s gemacht wird.“

Bandemer wird wegen Totschlags „in minder schwerem Fall“ verurteilt. Die Richter gehen von „vermeidbarem Verbotssirrtum“ aus. Bald nach dem Urteil bescheinigt man ihm Haftunfähigkeit. Im Frühjahr 1997 sitzt er in Moabit auf der

gleichen Anklagebank, auf der ein Jahr zuvor Mitherausgeber Baumgarten Platz nehmen musste. Er wird wegen elffachen Totschlags zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Das ausgewählte Publikum pöbelt: „Klassenjustiz!“ In die Fernsehkameras mokierte er sich: „Ein politisches Urteil.“

Baumgarten, dem Haftverschonung gewährt wird, nimmt als Vertreter ausgerechnet der Arbeitsgruppe „Frieden und Sicherheit“ im Oktober des gleichen Jahres am Landesparteitag der brandenburgischen PDS teil. Öffentlich versichert der Bundespartei- und Landespartei-Verantwortliche dem rechtskräftig verurteilten Totschläger seinen Respekt und seine Solidarität. Die PDS werde es nicht hinnehmen, dass Verantwortungsträger der DDR durch Strafgerichte kriminalisiert werden. Bei dem Mann mit dem bemerkenswerten Demokratieverständnis handelt es sich um keinen Geringeren als den heutigen Vorsitzenden der Linkspartei Lothar Bisky.

„Die Mörder sind unter uns“, der DEFA-Film von Wolfgang Staudte (1946) war sicher ein wichtiger erster Betrag zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Heute wäre der Titel wiederverwendbar. Das Buch ist insofern lesenswert, als es einen Beleg für die Dreistigkeit unbelehrbarer militanter Aktivisten des einstigen SED-Regimes liefert.

Dirk Jungnickel

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV-Bonn), Dr. h.c. Annemarie Renger, Postfach 1206 17, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1 57 68 13

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 25. 10. 2006